



## Protokoll

der 15. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 16. Mai 2024, um 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Barbara Heer (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Nicole Amacher (SP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP); Daniela Stumpf-Rutschmann (SVP); Lukas Bollack (GLP); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Tonja Zürcher (GAB); Felix Wehrli (SVP).*

### Verhandlungsgegenstände:

13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK..... 2
14. Gestaltungskonzept Innenstadt: Vierter Bericht zur Verwendung der Mittel aus der ersten Rahmenausgabenbewilligung (2015) sowie erster Bericht zur Verwendung der Mittel aus der zweiten Rahmenausgabenbewilligung (2021) Gestaltungskonzept Innenstadt (stabile Räume), Bericht des RR .. 18
15. Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2021 und 2022, Bericht der UVEK..... 21
17. Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen ..... 28
18. Motion 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche ..... 30



## Beginn der 15. Sitzung

Donnerstag, 16. Mai 2024, 15:00 Uhr

### 13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK

[16.05.24 15:00:12, 22.1551.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir starten mit dem ersten Fraktionssprecher André Auderset für die LDP.

*André Auderset (LDP):* Ich darf mich gleich doppelt outen. Zum einen, ich liebe Erdbeeren, insofern hat mich das gestern sehr gefreut, was wir da bekommen haben im Zusammenhang mit diesem Traktandum, zum zweiten oute ich mich als Wissender und Betroffener, ich wohne nämlich an der Pfefferstrasse und das ist gerade hinter dem Allschwilerplatz. Für einmal also mal nicht über das Kleinbasel.

Diese Vorlage, die hat nahezu eine Attacke vor, kann man sagen, auf ein Zentrum, das sich gebildet hat dort in der Gegend, auf einen Platz, der früher unansehnlich war, heute eigentlich immer noch ziemlich unansehnlich ist, der aber trotzdem von der Bevölkerung dank einigen initiativen Leuten doch sehr gut angenommen wurde, der sich wirklich in ein Begegnungsort entwickelt hat, sogar im Winter mit diesem Pflanzgarten, ringsum Flammenschalen, wo auch die Leute rumsitzen, auch die umliegenden Alterswohnungen, die Bewohnerinnen und Bewohner dort haben das durchaus sehr geschätzt. Und jetzt also soll dieser Ort einfach einmal kaputt renoviert werden. Ich sage das mal so deutlich.

Es wäre eigentlich schon aus Sicht der meisten oder vieler Anwohnerinnen und Anwohner eine Katastrophe, was der Regierungsrat in seinem Bericht hat. Nur wurde das durch die UVEK dann auch noch ideologisch aufgeladen und verschärft nach dem Motto: Es kann ja nicht sein, ein Bauprojekt durchzuwinken, ohne dass man eine zweistellige Zahl von Parkplätzen aufgibt oder aufhebt. Nur ist das in diesem Zusammenhang jetzt gar nicht mein wichtigster Kritikpunkt. Nennen wir einige dieser Kritikpunkte:

Zum einen, man will also hier entsiegeln und begrünen. Bitte gehen Sie heute vielleicht, wenn Sie an die Eröffnungsfeier des Oekolampad gehen, gehen Sie mal etwas um diesen Platz herum. Dann sehen Sie auch die Schönenbuchstrasse, die am Oekolampad vorbeiführt, also begrünter geht es ja gar nicht mehr. Auf der linken Seite eine ganze Baumreihe, auf der rechten Seite üppige Vorgärten, meist auch noch mit einem Baum, also wenn Sie irgendwo nicht entsiegeln müssen oder es keine wirkliche Priorität hat, dann ist es eben am Allschwilerplatz. Wenn Sie entsiegeln wollen, haben Sie gleich nebensan eine gute Möglichkeit. Da hat man nämlich zwischen dem Brausebad und dem Allschwilerplatz an der Allschwilerstrasse jede Menge Parkplätze unter fadenscheinigen Gründen aufgehoben, dort haben wir jetzt wirklich eine Betonwüste. Da passiert gar nichts mehr, vorher standen Autos darauf, jetzt steht da gar nichts drauf. Da könnte man durchaus entsiegeln, da hätte es auch noch Platz für die eine oder andere Bepflanzung, vielleicht für die Kellerschen Blumenkübel oder die mobilen Grüninseln, die ja auch noch ihre Plätze suchen. Da könnte man also durchaus etwas machen, aber am Allschwilerplatz selber entsiegeln brauchen Sie wirklich nicht.

Dann würden mit dieser Neufassung auch die ganzen Gitter verschwinden, diese Häge aus Metall, die Sie vielleicht heute noch sehen werden. Und die sind auch sehr nützlich, die hindern nämlich die Kinder, die dort auf dem Platz durchaus spielen, daran, auf die befahrene Strasse zu fahren und die Strasse, die auch bleiben soll, nämlich die Verbindung von der Ahornstrasse in die Allschwilerstrasse rauf zum Morgartenring, die ist relativ stark befahren, es hat zwar Fussgängerstreifen dort, aber trotzdem, diese Gitter sind dort eigentlich sehr nützlich.

Dann soll das Tramhäuschen verschwinden. Wir haben gehört, das muss deshalb passieren anscheinend, weil man ja die Schienenführung anders machen muss, damit man diese unsäglichen hohen Rampen machen kann, um ebenerdig in das Tram einzusteigen. Erstaunlicherweise muss man dann die Haltestelle auch noch gleich verlängern, damit nämlich die Gehbehinderten um diese Haltestelle rumlaufen können, weil sie durch die Haltestelle nicht wie heute durchlaufen können, weil eben der Niveauunterschied zwischen der Traminsel und dem Schienenbett viel zu hoch ist. Das an sich schon nahezu pervers, aber das ist ein anderes Thema, nämlich dass diese behindertengerechte Gestaltung durch Ihre Gestaltung eher noch Behinderungen schafft. Das Tramhäuschen also soll verschwinden, das sich damals wirklich bewährt hat, das fast schon einen gewissen Kultstatus da im Quartier erreicht hat, auch dank diesem sehr initiativen Erdbeerenverteiler von gestern, aber nicht nur dank ihm, sondern auch durch andere Sachen, die dort passieren ringsum, das jetzt einfach zu schleifen, ist völlig unsinnig und auch dies geschieht eigentlich gegen den Willen wohl der meisten im Quartier.



Dann kommt dazu, dass die Taxistandplätze verschwinden sollen. Sie haben hintendran das Merian Iselin Spital, Sie haben von Wibrandis eine grosse Siedlung von altersgerechten Wohnungen, wo die Leute dann nicht ins Heim müssen, sondern in ihrer eigenen Wohnung leben können, all diese Leute sind natürlich sehr stark angewiesen auch auf das Taxi. Auch diejenigen, die am Allschwilerplatz aussteigen und sich dann etwas weiter hinten im Quartier zu ihrem Wohnort bewegen, sind zum Teil auch sehr froh, dass sie für diese zwar kurze Strecken, aber trotzdem für sie halt mit Rollator oder mit Stöcken mühsamen Strecken dann die Taxis benutzen können. Und auch das sehen Sie vielleicht heute, wenn Sie zur Eröffnung gehen, dort stehen eigentlich praktisch auch immer ein bis zwei Taxis, das ist also durchaus sehr praktisch und sehr gut.

Fazit: Man hat hier ohne Not und ohne dass man wirklich die Interessen der Anwohnerschaft auch wirklich geprüft hätte, ein Projekt aufgestellt, das man eigentlich so nicht wollen kann und auch nicht will im Quartier. Natürlich lässt sich da durchaus sanft einiges verändern, ein wirklich schöner Platz ist es nicht, aber von dieser schlechten Aufenthaltsqualität, wie der Kommissionspräsident geredet hat, haben sich bis jetzt eigentlich die Anwohner nicht beeindrucken lassen. Die haben den Platz angenommen und sie würden ihn sicher noch besser annehmen, wenn man ihn etwas leicht sanieren würde, aber nicht gleich kaputt renoviert.

Nun, das ist auch gefallen, man hat sich ja bei den Anwohnern erkundigt, man hat ja da auch Umfragen gemacht, steht auch im Bericht, zwei Stück sogar digital. Ich habe es vorher schon erwähnt, es hat sehr viele Alterswohnen, sehr viele Alteingesessene dort, ich überlasse es Ihrer Einschätzung, wie viele Leute dort an einer digitalen Umfrage teilnehmen. Und die Baudirektion hat es erwähnt, man will nachher auch noch eine Begehung mit den Anwohnenden machen und noch weitere Bedürfnisse abklären. Das finde ich natürlich, um das so zu sagen, das Pferd vom Schwanz aufgezäumt. Zuerst bitte fragt man mal genau, und zwar in Echtzeit und an Ort die Bedürfnisse der Anwohnerschaft ab und dann macht man ein Projekt. Sonst ist das übliche, was leider sehr oft bei diesen Mitwirkungsprojekten passiert, man lädt die Leute ein, macht sogar tolle Workshops und alles Mögliche und am Schluss sagt man, es ist toll, was ihr alles erarbeitet hat, das geht leider nicht, wir machen jetzt das, was wir schon am Anfang gesagt haben. Das schafft nur frustrierte Leute, aber sicher keine echte Mitwirkung.

Kurz und gut, es ist etwas, was so in dieser Form nicht nötig ist, was so in dieser Form nicht sinnvoll ist, und darum beantragt Ihnen die Liberaldemokratische Fraktion, dieses Projekt zurückzuweisen an den Regierungsrat nach dem Motto, das lässt sich viel gescheiter machen. Bitte tun Sie es.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* André Auderset, es liegen zwei Zwischenfragen von Lisa Mathys und Jean-Luc Perret vor. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

*Lisa Mathys (SP):* Sie haben die behindertengerechte Haltestelle erwähnt und haben gesagt, es ginge um die Erhöhung unsäglicher Rampen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, und dass das Haus deswegen abgebaut werden müsse. Erinnern Sie sich aus Ihrer UVEK-Zeit, dass es für eine behindertengerechte Haltestelle wichtig ist, dass die Geleiselage gerade ist wegen dem Spaltmass? Und bestreiten Sie das Bedürfnis der Alterswohnungen und somit die Behinderten haben?

*André Auderset (LDP):* Es ist wohl hier nicht der Ort, jetzt über die Sinnhaftigkeit genau dieser Art von Behinderten-Haltestellen zu diskutieren, aber ich bin überzeugt, wenn man will, findet man Möglichkeiten, dieses Tram auch so zu legen, Platz genug ist ja vorhanden, auch asphaltiert fest genug vor allem, die Schienen etwas so umzulegen, dass man das Trambahuschen erhalten kann. Sie würden auch nicht das Spalantor abreißen, nur weil dort das Tram um eine Kurve geht.

*Jean-Luc Perret (SP):* André Auderset, Sie haben von der Mitwirkung gesprochen, die besser gemacht werden soll. Was wäre denn für Sie ein guter Zeitraum zwischen der Mitwirkung und der Umsetzung dieser Projekte, ein vernünftiger?

*André Auderset (LDP):* Ein vernünftiger wäre, dass man einmal das aufschreibt seitens der Verwaltung, was man machen will. Das hätte dann auch das sein können, was wir jetzt als Bericht vom Regierungsrat erhalten haben, und dann erst mal Versammlungen macht dort vor Ort oder auch in einem benachbarten Lokal, das Oekolampad hätte sich angeboten, um dann die Bedürfnisse der Anwohner abzuholen und dann nochmal in das Büro zurückzugehen, um sich ernsthaft damit zu beschäftigen, wie man diese Anliegen erfüllt und nicht, wie man sie am besten abwehrt und trotzdem das macht, was man ohnehin schon immer wollte.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher gemäss der Reihenfolge von heute Morgen ist Beat K. Schaller.



*Beat K. Schaller (SVP):* Die SVP bittet Sie, die Ausgabenbewilligung für diese Erhöhung der Verkehrssicherheit, etc. zur Nachbesserung an den Regierungsrat zurückzuweisen. Natürlich, das Argument, wie Sie es so erwarten können von der SVP, die Parkplätze. Ich weiss, einige in diesem Saal schütteln den Kopf, wieso die Aufhebung dieser Abstellmöglichkeiten für den Teufel MIV überhaupt ein Thema ist, es sei doch unnötig, nein, diese Diskussion erspare ich Ihnen nicht. Es ist ein Thema, auch wenn nach der Ideologie einiger in diesem Saal alles getan werden muss, um den Teufel MIV aus der Stadt zu verjagen.

Das Quartier um den Allschwilerplatz ist ein ruhiges Quartier, welches aber leider mit Parkplätzen alles andere als gesegnet ist. Es enthält ein Spital und in Gottes Namen, in ein Spital können nicht alle und auch nicht alle Besucher mit dem Velo oder mit dem ÖV anreisen und trotzdem wird hier der Krieg gegen die Autofahrer munter weitergeführt. Die UVEK schreibt ja selbst, im 2021 seien auf der Achse Morgartenring/Allschwilerplatz/Spalenring 104 Parkplätze aufgehoben worden und die Bevölkerung muss sich damit auseinandersetzen, wie geht sie damit um. Und ich kann Ihnen ein Beispiel sagen aus meinem Bekanntenkreis, da hat jemand mit den Füessen abgestimmt, ist ein paar 100 Meter weitergezogen nach Allschwil und dort ist er jetzt glücklich und muss sich nicht mit diesen Schwierigkeiten von Basel auseinandersetzen. Ich kann immer nur wiederholen, Sie kämpfen nicht gegen das Auto, Sie kämpfen gegen die Menschen, welche ein Auto einsetzen, welche auf das Auto teilweise angewiesen sind. Gerade die unter Ihnen, welche zu Recht von Menschlichkeit, Respekt vor dem Menschen reden, Sie führen Krieg gegen diejenigen, welche nicht in Ihr Mobilitätsweltbild passen und Sie verjagen diese Menschen. Hier von Respekt dem anderen gegenüber zu reden, finde ich als schwierig.

Dann kommt hinzu, da ist noch der Anzug von Herrn Kollege Jean-Luc Perret mit der beidseitigen Keulung der Parkplätze an der Ahornstrasse. Man muss kein grosser Wahrsager sein, um vorherzusehen, dass dieser Anzug überwiesen werden wird. Der Anzug enthält den Passus: die Markierung von beidseitigen Velostreifen anstelle der Parkplätze in der Ahornstrasse könnten diese Mängel beheben. Dass Sie damit die Leute aus dem Kanton verjagen, den Suchverkehr noch verstärken, die Sicherheit mit diesem Suchverkehr gerade für Fussgänger noch vermindern, das scheint offenbar egal zu sein, Hauptsache Sie kämpfen für die gute Sache und machen dem Teufel Autofahrer das Leben schwer. Solange Parkplätze aufgehoben werden ohne Alternative, sind solche Ratschläge zurückzuweisen.

Zweiter Punkt: Der Platz als Quartierzentrum, der Platz als Begegnungszentrum, der Platz als Ergänzung zur Matte und zum neuen Café im Oekolampad-Gebäude. Ja, dieser Platz lebt, dieser Platz ist in der jetzigen Form beliebt im Quartier. Sie haben es gestern gesehen mit diesem Bioladen, die Erdbeeren, da konnten wir endlich mal Erdbeeren essen, die nach Erdbeeren geschmeckt haben, nicht einfach nur nach rotem Wasser. Sie wurden nicht über hunderte, tausende Kilometer hierher geflogen. Warum Sie das einfach so über Bord werfen wollen, ist mir nicht erklärlich.

Natürlich kommt das Argument, stimmt, es ist eine Zwischennutzung und eine Zwischennutzung ist von ihrer Natur her zeitlich beschränkt. Aber gerade in unserem Kanton hat ja eine zeitliche Beschränkung nur eine relative Bedeutung. Ich erinnere Sie, vor ein paar Jahren wurde in einer Interpellation gefragt, ob man nicht die Zwischennutzung des Ex-Esso-Areals verlängern könnte und da hat der Regierungsrat gesagt, ja, ja, das wolle er dann noch schauen, das sei durchaus möglich, er werde dann noch darüber entscheiden. Also solche Verlängerungen von Zwischennutzungen sind nicht ausgeschlossen.

Auch die Mitwirkung, die da jetzt so hoch gelobt wird, ist doch mit sehr engen Rahmenbedingungen versehen. Auf diesen Mitwirkungsflächen sind keine Strom- oder Wasseranschlüsse vorgesehen, die würden mit grosser Sicherheit nachher nicht nachgerüstet. Das Dach des Tramhäuschens, gut, ich persönlich will das jetzt nicht extrem hoch bewerten, aber es ist gelebte Geschichte. Es ist eine gelebte Geschichte, deren Erhaltung unserer Stadt gut ansteht. Dieses Tramhäuschen mit dem Dach verbreitet einen schönen nostalgischen Charme und das jetzt einfach aus ideologisch prinzipiellen Gründen über Bord zu werfen, dünkt uns falsch.

Und im Weiteren, wie war das noch einmal mit lieber sanieren statt neu bauen, wie war das da mit der grauen Energie, die verloren geht? Wenn man etwas kaputt macht und neu baut, leider in diesem Fall nicht der Diskussion wert, ist es noch interessant, wann graue Energie wichtig ist und wann nicht. Andere Diskussion, ich bin sicher, wir werden auch wieder auf dieses Thema zurückkommen.

Ich fasse zusammen, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz abzulehnen und den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen. Er möge den Ratschlag nachbessern und einen vorlegen, der keinen Parkplatzabbau ohne Alternativen vorsieht und welcher konkret den Erhalt des Allschwilerplatzes als beliebtes Quartier- und Begegnungszentrum beinhaltet. Ich danke Ihnen dafür.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Raffaella Hanauer.



*Raffaella Hanauer (GAB):* Meine Fraktion wird dem Grossratsbeschluss zustimmen. Einiges finden wir sehr gut, was die UVEK angepasst hat. Kritik und Anmerkungen haben wir vor allem bei der Mitwirkung und beim Umgang mit den tollen Quartiersinitiativen, die dort gerade geschehen, die im Vorfeld der Beratung der UVEK thematisiert wurden von der Verwaltung, von der Regierung und da werde ich in einem zweiten Punkt darauf eingehen.

Zuerst zum Guten und das ist sehr vieles. Die Platzgestaltung, die heute beantragt wird, die bringt einen grossen Mehrwert. Sie bringt eine behindertengerechte Haltestelle, sie bringt mehr Grün, mehr Bäume, sie bringt eine Aufenthaltsqualität, nachdem eigentlich das ursprüngliche Projekt vor allem einen Fokus auf die Haltestelle gelegt hat und auf die unterschiedlichen Wege, wie man zu der Haltestelle kommt, und eben nicht die Aufenthaltsqualität in den Fokus gestellt hat. Wir finden, es wäre schade gewesen, dieses Projekt so zu überweisen. Jetzt mit den Anpassungen der UVEK ist die Aufenthaltsqualität im Zentrum und das finden wir nur korrekt, wenn man ja gerade auch heute sieht, dass im Quartier auch ein Bedürfnis ist, den Allschwilerplatz zu beleben und zu bespielen.

Das jetzt vorgeschlagene Projekt ermöglicht eine Verzahnung mit dem Oekolampad, aber auch bis zu den Hauswänden im U-Bereich des Platzes. Die Karte ist nicht mehr eingeblendet, aber ich hoffe, Sie wissen, was ich meine. Es ermöglicht Begegnung, weil eine grössere Fläche geschaffen wurde, und es ermöglicht auch mehr Verkehrssicherheit. Etwas, das uns noch fehlt, ist Tempo 30 in der oberen Strasse, die entlang des Oekolampads führt. Wir haben es vorhin auch gehört, diese Schranken, die kommen weg. Es sind sehr viele Kinder dort im Umfeld des Allschwilerplatzes, deshalb wäre Tempo 30 angebracht. Tempo 30 wäre auch angebracht, weil diese obere Verbindung eine Veloroute ist und heute keinen Velostreifen hat, und da sind wir froh, dass da auch noch nachgedoppelt wird mittels einem Vorstoss.

Zu den Parkplätzen und der Kriegsmetaphorik, die Beat Schaller vorhin soeben verwendet hat, diese finden wir sehr deplatziert und möchten wir gerne zurückweisen. Ich erinnere daran, dass wir im Kanton Klimaziele haben, die gelten auch für den Verkehrsbereich. In der Klimastrategie, die von der Regierung beschlossen wurde, wurde ein Drittel weniger Autoverkehr auch als Ziel benannt, entsprechend ist dieser Fokus auf Begrünung, auf Klimaadaptation, das auch in unserer Verfassung geschrieben steht, absolut richtig.

Nun zu unseren kritischen Anmerkungen. Heute auf dem Allschwilerplatz findet eine sehr tolle Quartiersinitiative statt. Der Kiosk und der Stadtgarten, die sind sehr wertvoll. Sie sind ehrenamtlich, es ist wirklich ein Bärendienst, der dort auch gemacht wird an das Quartier, an den sozialen Zusammenhalt in dem Quartier und in unseren Augen sollte eigentlich das Ziel einer nachhaltigen Stadtplanung, die den Menschen ins Zentrum stellt, sein, solche Initiativen auch in die neuen Umgestaltungsprojekte überführen zu können. In der Mitwirkung konnten diese nicht überführt werden und das finden wir sehr schade und sind aber nun der Kommission sehr dankbar, dass sie mit ihrem Ratschlag zwei Zukunftsperspektiven auch bietet für diese Initiativen neben dem, dass eigentlich auch schon mit der neuen Platzgestaltung auch mehr Raum ist, weil da ja eben die Aufenthaltsqualität ins Zentrum gesetzt wurde.

Die Zukunftsperspektive 1 sind die partizipativen Flächen. Das ist für mich ein Novum, das habe ich noch nie so gesehen, dass man diesen Weg geht, eine Mitwirkung im Nachhinein und sehr nahe am Bauprojekt zu machen. Ich denke, das ist ein sehr guter Weg, um solche Quartiersinitiativen dann auch in die neue Platzgestaltung nach der Umgestaltung überführen zu können. Dafür wird auch Geld gesprochen und das begrüssen wir sehr. Auch als Zukunftsperspektive 2 der Standplatz für mobile Gastronomieangebote, auch diese begrüssen wir. Das ist durchaus auch eine Möglichkeit, gerade auch für einen solchen Gemüsekiiosk, wo man tatsächlich sich auch um diese Stelle bewerben kann, vielleicht auch mit einem Crowdfunding. Die Unterstützung ist gross im Quartier, mit einem Crowdfunding auch ein entsprechendes Fahrzeug sich erwerben könnte, um dann dort auch diese obere Begegnungsfläche, die im Ratschlag vorgesehen ist, auch bespielen zu können.

Zu den vorherigen Voten zur Tramhaltestelle. Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass auch schon im Bericht stand, dass diese Tramhaltestelle nicht an Ort und Stelle bleiben kann, wenn man eine behindertengerechte Haltestelle bauen möchte. Und ich denke, uns ist allen bewusst, dass wir das Bundesgesetz dort umsetzen müssen, dass wir BehiG umsetzen wollen, dass auch diese Haltestelle insbesondere eine spezielle ist, die auch prioritär umgesetzt werden soll. Die Gleislage heute erlaubt es nicht, eine behindertengerechte Haltestelle zu bauen, ohne das Tram-Haus zu verschieben. Wenn man das Tram-Haus verschieben würde und dort tatsächlich einen echten Kiosk hinein bauen würde, dann gelten Vergaberichtlinien und dann würde diese tolle Initiative vom Quartier tatsächlich wegkommerzialisieren werden und das denke ich, ist nicht im Sinne des Quartiers und auch nicht im Sinne einer nachhaltigen Stadtplanung, die die Menschen ins Zentrum stellt.

Diese nachträgliche Mitwirkung und diese Mitwirkung als Novum auch kurz vor dem Bau, die finden wir wirklich äusserst sinnvoll und finden wir einen guten Ansatz, den man auch in weiteren Projekten vielleicht wiederverwenden kann. Einzelne Personen in unserer Fraktion werden sich enthalten, nicht weil sie das Projekt nicht gut finden, sondern weil ein gewisser Frust vorhanden ist, dass diese Mitwirkung nicht zu dem Effekt geführt hat, dass solche wertvollen Initiativen auch übergeführt werden konnten in das jetzige Projekt. Daher eher aufgrund des Prozesses werden sich Einzelne enthalten.

An dieser Stelle möchte ich noch danken an den Regierungsrat, die zuständige Regierungsrätin und die Mitarbeitenden im Departement für das Handbieten für dieses Novum, dass wir das hier schaffen konnten, dass wir hier auch Perspektiven



gemeinsam erarbeiten konnten und auch wirklich umfassende Anpassungen am Projekt machen konnten. Meine Fraktion schätzt das sehr und daher wir würden wir Sie bitten, auch mit uns zu stimmen und den Grossratsbeschluss zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Raffaella Hanauer, es liegen drei Zwischenfragen vor. Nehmen Sie diese entgegen? Adrian Iselin für die erste Zwischenfrage.

*Adrian Iselin (LDP):* Vielen Dank für die Annahme meiner Frage. Jetzt sind Sie darauf eingegangen, wie wichtig Tempo 30 in diesem Streckenabschnitt sein wird. Wenn ich das richtig verstanden habe, gibt es eine Motion in Bern, wo quasi Tempo 30 auf Hauptstrassen nicht mehr zulässig ist. Das heisst, Bundesrecht würde dann kantonales Recht brechen. Wie ist denn das jetzt, hat das einen Einfluss, wenn da kein Tempo 30 kommt auf dieses Projekt oder würden Sie dann immer noch hinter diesem Projekt stehen mit Tempo 50?

*Raffaella Hanauer (GAB):* Vielen Dank für diese Frage. Hätte, hätte, Fahrradkette, ich hoffe nicht, dass diese Motion tatsächlich dann auch mit dem Ratschlag des Bundes dazu über die Ziellinie gelangt und ich werde auch auf nationaler Ebene alles daransetzen, dass dies nicht so kommt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Zwischenfrage von André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Raffaella Hanauer, Sie haben vieles gesagt in ihrem Votum, was ich sofort unterschreiben kann in Hinsicht der kritischen Punkte. Jetzt frage ich mich nur, wieso nicht zurückweisen? Es eilt ja nicht, wir haben es ja gar nicht begonnen, sollen sie doch erstmal nachbessern und dann können Sie auch viel einfacher mit der ganzen Fraktion dahinterstehen.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Wie gesagt, es sind Vereinzelte, die enthalten werden. Ich habe genau erläutert, wie viele Mehrwerte dieses Projekt nun bringen wird, wie stark entsiegelt wird, begrünt wird und daher werden wir das überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Zwischenfrage von Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Danke, dass Sie die Zwischenfrage annehmen. Zur Lage der BehiG-konformen Tramhaltestelle, das BVD hat ja bewiesen am Aeschenplatz und an der Lyss, das eine Kissenlösung auch machbar ist. Wieso schliessen Sie das am Allschwilerplatz aus?

*Raffaella Hanauer (GAB):* Das sind Ausnahmefälle, am Allschwilerplatz würde das wahrscheinlich der Bund so nicht genehmigen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Fraktionssprecher ist Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Die Emotionen gehen hoch auf dem Allschwilerplatz, merken es auch bei mir, und als erstes möchte ich sagen, dass ich schon ein bisschen frustriert bin, dass wir uns auf unsere UVEK-Kommissionsbeschlüsse nicht mehr verlassen können, auch wenn Sie einstimmig fallen, denn das unterstellt uns ja auch immer wieder, dass wir unsere Kommissionsarbeit nicht gut machen. Ich möchte da schon sagen, dass diese Kollegen, die jetzt geredet haben, die könnten sich über ihre Fraktionsvertreterinnen und -Vertreter auch in die Kommissionsberatung einbringen und nicht erst dann an der Fraktionssitzung alles wieder über den Haufen werfen und gerade in diesem Fall hätten wir ja fast ein Jahr Zeit gehabt dafür.

Die Fraktion der SP, bei der ist das nicht so. Wir empfehlen Ihnen mit einem guten Gewissen, das Umgestaltungsprojekt Allschwilerplatz zu beschliessen, sogar mit Begeisterung. Wir sind nämlich überzeugt, dass die UVEK das Projekt deutlich verbessert hat. Das ursprüngliche Ratschlagsprojekt war als Tramhaltestelle mit Rabatten konzipiert, nicht aber als Platz, auf dem man sich gerne trifft und etwas länger aufhält. Deshalb haben wir in der UVEK den Platzcharakter gestärkt und grössere Grünflächen zusammengefügt, auch auf Kosten der Parkplätze.



Ja, was soll ich dazu noch sagen, das ist einfach auch ein bisschen the State of the Art bei der heutigen Platzgestaltung, es werden keine Autos mehr darauf parkiert. Das war vielleicht in den 60er-Jahren so, aber stellen Sie sich vor, wir bekämen heute einen Ratschlag für einen neuen Quartierplatz, zum Beispiel auf dem Lysbüchel-Areal, bei dem ein Teil Blaue Zone ist. Das ist aus meiner Sicht undenkbar. Und die in der BaZ genannte Zahl Parkplätze, die wäre erst noch falsch. Sie bezog sich auf eine weitere Umgebung als nur auf den Platzperimeter und etliche der dort genannten Parkplätze wurden bereits aus anderen Gründen aufgehoben wegen dem Tramschienenabstand an der Allschwilerstrasse. Dies wurde dann aber nicht korrigiert und deshalb kam es zu diesem Missverständnis. Auf dem Platz selbst haben wir nur etwas über zehn Parkplätze durch Grünflächen ersetzt und darunter befinden sich erst noch die Taxistandplätze, die aus heutiger Sicht nicht mehr unbedingt nötig sind. Vielleicht früher, da suchte man ein Taxi noch auf, heute bestellt man es, wo man immer auch ist.

Eine Rolle spielte dabei auch die Wortmeldung der Wibrandis Stiftung. Das Mobilitätskonzept des neuen Quartierzentrums Oekolampad ist so angedacht, dass es keinen einzigen öffentlichen Parkplatz benötigt. Dafür setzt man stark auf langsame Mobilität mit dem Tram, mit dem Fahrrad, zu Fuss und ist deshalb auf eine übersichtliche und hindernisfreie Situation angewiesen. Wenn möglich natürlich mit grossflächig Tempo 30, das hat Kollegin Raffaella Hanauer schon erwähnt. Und wenn ich schon bei der Hindernisfreiheit bin, ich wollte das zuerst rausstreichen, aber jetzt ist Kollege Beat Schaller doch noch mit der Kissenlösung gekommen, die SP, das möchte ich vielleicht deutlich noch sagen, wir sind nur im äussersten Notfall für diese Kissenlösungen zu haben und ein solcher Notfall liegt hier definitiv nicht vor. Denn nebstdem, dass die Kissen furchtbar aussehen, sind sie auch noch schlecht für den Komfort. Menschen im Rollstuhl sind nicht die einzige Zielgruppe eines niveaugleichen Einstiegs, auch Kinderwagen oder gangunsichere Menschen, Leute mit Gepäck, alles übrigens häufige Ein- und Aussteiger\*innen am Allschwilerplatz, schätzen es, wenn sie keine Stufen überwinden müssen, und zwar auf der ganzen Länge des Trams. Und auf dem Allschwilerplatz muss die Haltestelle deshalb auf der ganzen Länge behindertengerecht sein. Das war ja sogar ursprünglich der Anstoss für die Umgestaltung.

Nun komme ich zum anderen Thema, den beiden Zwischennutzungen. Sie sind sehr erfolgreich, das haben wir jetzt gehört, der unterdessen in der Stadt bekannte Gemüsekiost und ein Stadtgarten, der über einen Wettbewerbsgewinn für ein Nachbarschaftsprojekt finanziert wurde und bis heute immer noch wird. Beide waren von Anfang an als Zwischennutzungen bis zum Beginn der Platzumgestaltung angekündigt und auch so terminiert. Trotzdem stiess der Kommissionsbericht auf Unverständnis, weil auf dem neuen Platz weder ein Ersatz für den Gemüsekiost zu sehen war noch ein etwas ähnliches Bauwerk. Das möchte ich vielleicht kurz noch ausführen, weshalb das so ist.

Die UVEK und auch wir als Gesamtparlament und auch die Verwaltung, wir haben explizit nicht die Aufgabe, eine Platzgestaltung auf ein einzelnes spezifisches Bedürfnis auszurichten. Der Allschwilerplatz ist öffentlicher Grund und kein Privatgrundstück und deshalb sollen auch möglichst viele Menschen vom eingesetzten Geld etwas haben. Aufgrund dessen verfolgten wir als Ziel einer Gestaltung, die eine ähnliche Nutzung zumindest nicht verunmöglicht, aber trotzdem nicht voraussetzt, dass alles so bleibt, wie heute und nicht von einzelnen und erst noch freiwilligen Personen abhängt.

Da wäre zum Beispiel die vergrösserte zusammenhängende Fläche, das kleine Plätzchen unter Bäumen, wo man Streetfood-Angebote oder ein Openair-Café zum Beispiel einrichten könnte. Dann kommen die zwei Mitwirkungsflächen, sie wurden schon erwähnt, auf denen auch in Zukunft kreative Nutzungen möglich sind. Und diese Mitwirkung ist nicht im klassischen Sinn so zu verstehen, dass man die Anspruchsgruppen nach ihrer Meinung zu einem geplanten Projekt befragt, sondern es ist anders. Wir haben bereits ein Budget eingestellt und die Verwaltung beauftragt, zu gegebener Zeit nochmals bei der Quartierbevölkerung nachzufragen, was sie denn auf diesen Flächen umsetzen möchte. Ein Stadtgarten zum Beispiel wäre ohne weiteres möglich und auch ein Media-Punkt wird es auf dem Platz geben.

Heute wäre das aber zu früh, denn wir reden von einem Zeithorizont von noch mindestens fünf Jahren. Wir haben das in letzter Zeit mehrmals gesehen, Ideen, die heute bestechend erscheinen, sind zum Zeitpunkt der Umsetzung oft nicht mehr aktuell. Die Initiantinnen und Initianten sind nicht mehr da oder der Gang der Dinge bringt neue Bedürfnisse ans Tageslicht. Als Beispiel nenne ich da die Forderung nach einer Fläche für einen Markt auf dem Wielandplatz. Heute haben wir nur noch die Flächen, aber kein Markt. Ich hoffe aber, Sie sehen, der Vorwurf, wir hätten nicht wahrgenommen, dass in diesem Quartier ein Bedürfnis nach Platzleben besteht, kann man uns so nicht machen und die Geschichte, dass wir den Kiosk unnötig finden oder gar abschaffen wollen, ist zu einseitig. Wir finden es sogar alle unglaublich toll, dass der Platz durch die Quartierinitiative in den vergangenen vier Jahren wesentlich belebt wurde und ein beliebter Treffpunkt im Quartier ist. Es ist ein Riesengewinn und es hat auch die Kommissionsberatung wirklich stark beeinflusst.

Wir haben den Ersatz für den Kiosk in der Kommission ernsthaft und lange diskutiert. Ich gehe nicht ins Detail, aber das Haltestellendach war ein Thema und ebenso eine Containerlösung. Wir kamen in unseren Abklärungen jedoch zum Schluss, dass dies weder einfach noch günstig machbar wäre und was auch immer gebaut würde, es wäre dann ein kantonales Gebäude, das alle baurechtlichen Anforderungen erfüllen muss. Es braucht Strom, Wasser, einen Kanalisationsanschluss. Es würde ausgeschrieben und zu einem marktüblichen Zins vermietet, das heisst deutlich teurer als die BVB heute für ihren längst abgeschriebenen Kiosk noch verlangt, dafür mit nur noch halb so viel Charme.

Was ich mir also wünsche, wäre ein optimistischer Blick in die Zukunft. Wenn wir die Umgestaltung heute beschliessen, was ich hoffe, ändert sich noch mindestens zweieinhalb Jahre gar nichts auf dem Allschwilerplatz. Solange kann die jetzige Situation nach fortbestehen. Danach steht es allen frei, sich für die Standplätze und Mitwirkungsflächen zu bewerben, allen



voran natürlich den Menschen, die den Platz heute schon nutzen. Ich würde mir wünschen, Sie würden Ihre Energie dort investieren, Ideen für den neuen Platz zu spinnen, anstatt dem Vergänglichen nachzutruern.

Die Folge eines Referendums oder einer Rückweisung wären schwerwiegend. Erstens, die Verzögerung der Behindertengerechtigkeit an einer sehr sensiblen Haltestelle, dann der Verzicht auf Begrünung, Entsiegelung und elf neue Bäume und die Planung müsste mit ungewissem Ausgang und komplett gegenläufigen Erwartungen nochmals von vorne anfangen. Eine Blockade wäre also vorprogrammiert und ganz nebenbei wäre dies wahrscheinlich auch ein Bärendienst für zukünftige andere Zwischennutzungen. Ich frage mich schon, wer in Zukunft dann noch eine Zwischennutzung bewilligt, wenn jedes Mal ein Riesenprotest ausbricht, wenn die Zeit zu Ende geht.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, dem Ratschlag zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Zuerst einige Gedanken aus der Sicht als UVEK-Mitglied. Wie unser Kommissionspräsident bereits ausgeführt hat, in sieben Sitzungen verteilt über ein Jahr haben wir in der UVEK dieses Geschäft beraten, zwischendurch fast an den Regierungsrat zurückgewiesen, wie Sie im Bericht lesen können. Wir als UVEK haben den Ratschlag der Regierung in unserem demokratischen Gremium, indem notabene alle Fraktionen vertreten sind, diskutiert und ausgehandelt, sind vor Ort, haben allen Beteiligten rund um den Allschwilerplatz gut zugehört und haben den Ratschlag der Regierung schliesslich deutlich verbessert. Die Wünsche der Benutzer und Anwohnerinnen wurden demokratisch eingeflochten und eingewebt. Trotzdem gibt es nun Rückweisungsanträge. Bitte bringen Sie Ihre Anliegen doch jeweils in der Kommissionsberatung ein und nicht erst bei der Grossratsdebatte. Nun sind wir als UVEK überzeugt, Sie sehen dies am Ergebnis der Abstimmung von 12 zu 0, wir haben bestmöglich alle Ansprüche und Wünsche der Benutzer/Benutzerinnen und Anwohner und Anwohnerinnen im Projekt vereint. Esther Keller hat dies ebenfalls erwähnt.

Doch nun aus der Sicht der Grünliberalen in vier Punkten. Erstens, wir begrüssen und wünschen uns eine aktive Beteiligung der Bevölkerung, was wie entstehen und leben kann auf dem Allschwilerplatz. Sei es der so wichtige soziale Kontakt, ein spannendes Angebot zum Einkaufen und Essen sowie ein Ort, um zu verweilen auch ohne Konsumationszwang. Dafür stehen die zwei Mitwirkungsflächen und auch die vorgesehenen Stellplätze für ein mobiles Verpflegungsangebot. Sie haben es gehört, das Budget dazu ist bereits eingestellt hierfür. Ein Medienpunkt ist ebenfalls geplant. Beat Schaller, Sie haben den Bericht nicht genau gelesen, diese ist also vorhanden.

Diese Flächen können nun von den bereits bestehenden notabene wunderbaren Projekten, dem Stadtgarten und dem Bio-Gemüsekiok zusammen mit den Projektverantwortlichen der Stadt mitgestaltet und geplant werden. Schliesslich hat die UVEK ja gerade die Anliegen des Bio-Gemüsekiok und des Stadtgartens aufgenommen und die Mitwirkungsflächen extra ins Projekt des Regierungsrates hineingenommen. Ja, der Allschwilerplatz, das wurde von Jean-Luc Perret erwähnt, ist Allmend und Allmend ist für alle das. Es ist leider nicht möglich, eine klar kommunizierte Zwischenlösung bis zum Beginn der Platzumgestaltung, notabene mit einem reduzierten Mietzins, nun in ein fixes Projekt umzuwandeln für einzelne Personen. Wir planen hier für die nächsten 40, vielleicht 50 Jahre und so, dass alle im Quartier sich mit einer guten Idee einbringen können. Aber wie gesagt, das ist möglich und das ist schliesslich relevant.

Zweitens, es wird mit dem Mergelbelag, den Rasenfugensteinen sowie den grünen Flächen ein Maximum entsiegelt. Es gibt eine Staudenbepflanzung und Wiese sowie auch elf zusätzliche Bäume, schöne Aufenthaltsflächen inklusive Sitzgelegenheiten und Trinkbrunnen, ein wirklich gutes Projekt.

Drittens, der Platz wird verkehrstechnisch aufgeräumt, wird übersichtlicher, wird ein Maximum an Behindertengerechtigkeit erfahren, wir haben es gehört, an diesem Ort besonders wichtig, und erhält bedeutend mehr Veloparkplätze. Ja, das ist der Grund, warum die alte BVB-Haltestelle nicht erhalten werden kann. Es gibt an Stelle zwei behindertengerechte Haltestellen und die müssen gerade sein. Die brauchen wir jetzt und nicht in zehn oder 15 Jahren.

Viertens, die Gestaltung wurde immer mit der Oekolampad-Anlage, dem Spielplatz der Kindertankstelle Oekolampad, den Mittwochs- und Abendmarkt sowie dem wunderbaren neuen Gemeindehaus Oekolampad inklusive dem neu eröffneten Bistro im Hinterkopf entwickelt. Alle Bausteine sind nun sorgfältig aufeinander abgestimmt. Ein weiteres fixes Gebäude, wie eben zum Beispiel eine verschobene Wartehalle, kann kaum zum Marktpreis vermietet werden. Wir Grünliberalen freuen uns darum auf den neuen lebendigen, viel grüneren Allschwilerplatz.

Fazit: Verzögern wir das gute Projekt nicht, sondern heissen wir diesen Bericht der UVEK zur Umgestaltung gut und wie gesagt, liebe einzelne Mitglieder der Parteien, die diesen Bericht nun zurückweisen, bringen Sie sich in der UVEK jeweils ein. Es waren sieben Sitzungen, genügend Zeit, um Ihre Anliegen einzubringen. Liebe Engagierte des Allschwilerplatzes, bringen Sie sich ein im erneuten Mitwirkungsprozess für die Mitwirkungsflächen. Wir haben politisch die bestmöglichen Voraussetzungen dafür geschaffen in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Brigitte Kühne, es liegt eine Zwischenfrage von Roger Stalder vor. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

*Roger Stalder (SVP):* Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Brigitte Kühne, Sie sagen immer, Sie waren dort. Wie kann es dann sein, dass in wenigen Tagen schon 250 Unterschriften zusammen sind von den Quartierbewohnern. In welchem Quartier waren Sie, Brigitte Kühne?

*Brigitte Kühne (GLP):* Die 250 Unterschriften, die bereits gesammelt wurden, basieren nicht auf dem Bericht der UVEK, sondern basieren auf Aussagen derjenigen, die sich dort engagieren. Wenn Sie den Bericht gut durchlesen, dann sehen Sie, dass wir das Bestmögliche für alle wollten.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Erster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Sie wollen aus einem verkehrsorientierten Platz eine Kreuzung in alle Himmelsrichtungen, eine Begegnungszone machen, quasi ein Park. Einen Park gibt es 20 Meter daneben. Sprechen Sie mal mit der Polizei oder mit der BVB, mit den Fahrern der Trams zum Beispiel, was für Befürchtungen diese haben, wenn auf einem verkehrsorientierten Platz mit Tramschienen eine Begegnungszone daraus gemacht wird oder sogar fast schon suggeriert ein Spielplatz daraus gemacht wird.

Aber blicken wir nochmal kurz zurück in die Basler Zeitung vom letzten September letzten Jahres. Als einzigen Grund für ihre Geschäftsaufgabe nannte die Inhaberin einer Papeterie den Parkplatzabbau in der Allschwilerstrasse. Als sie im Jahr 2020 das Geschäft am Standort 50 Meter vom Allschwilerplatz entfernt übernahm, hatte es in der Allschwilerstrasse nach 68 Parkplätze. Die Inhaberin äusserte sich in der BaZ dazu, dass Handwerker, die vorbeikommen etwas abzuholen, oder ältere Personen auch, sie einfach nicht mehr erreichen kann, wenn sie keine Parkplätze mehr haben. Auch die Bäckerei im Perimeter vermisste die Parkplätze nach dem Abbau oder auch die Inhaberin eines Innendekorationsgeschäftes. Die IG Neubad sammelte gegen den Abbau seinerzeit 1'700 Unterschriften. Die Regierung wollte offensichtlich nicht auf die Petitionäre hören, alle 68 Parkplätze wurden gestrichen.

Kommen wir wieder zurück zum heute. Ich dachte bis heute Morgen, vielleicht hat die Regierung die BaZ auch gelesen im letzten September und hat daher im Vorschlag darauf verzichtet, diese 13 Parkplätze und fünf Taxi-Abstellplätze am Allschwilerplatz zu streichen. Das wäre ja löblich gewesen. Ich glaube, nach den Voten von heute Morgen bin ich nicht mehr ganz sicher. Auf jeden Fall hat man nicht die UVEK auf der Rechnung mit diesem Ratschlag, Parkplätze erhalten, wenn man diese auch abbauen kann, natürlich nicht. So haben wir jetzt einen Vorschlag der UVEK, der keine Parkplätze mehr vorsieht, keine Parkplätze für kurzes einkaufen und für ins Café gehen, für das Gewerbe. Hat man mit der IG Neubad und den 1'700 Petitionären gesprochen? Ich weiss es nicht. Ich befürchte, man hat mit ihnen nicht gesprochen.

Man plant jetzt vier Millionen für die Umgestaltung des Platzes, reist alles ab und fügt alles um und erklärt dann dem Inhaber des Gemüse kiosks, dass man für ihn keinen Platz mehr hat und eigentlich eine Miete von 3'000 Franken pro Monat bräuchte. Man argumentiert mit Vollkosten, Vollkosten in einer Stadt, wo man Millionen für mobile Bäume und Sträucher ausgibt und wir hier stundenlang über Biodiversität oder Urban Gardening sprechen, wirklich. Dafür will man Mitwirkungsverfahren nachträglich machen, will da 150'000 Franken sprechen, mit den 150'000 Franken könnten wir fast fünf Jahre dem Bio-Kiosk die Miete bezahlen zu Vollkosten. Ich rechne jetzt nicht aus, was wäre, wenn wir die 500 Franken nehmen würden, die der bis jetzt bezahlt.

Noch ein letztes Wort. Mit der Entsiegelung und Umwidmung von Strassenraum, sprich von dem geplanten weiteren radikalen Parkplatzabbau am Perimeter, werden exakt die Forderungen der Stadtklimainitiativen durch die Hintertür umgesetzt und der klare Volkswille gegen die Initiativen wird einfach ignoriert. Das Stimmvolk wollte diese Umwidmung von Strassenraum und die Entsiegelung eben nicht. Das sollten Sie einfach auch bedenken, wenn Sie nachher auf das Knöpfchen drücken.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich habe fast ein schlechtes Gewissen, hier zu sprechen, weil ich eine andere Meinung habe als die Kommission, die sich so viel Mühe gegeben hat und mit 12 zu 0 eine hervorragende Arbeit abgeliefert hat und wir deshalb eigentlich gar nicht mehr uns Gedanken machen sollten darüber, weil es ja gut ist, was Sie gemacht haben.



Es ist gut, was Sie gemacht haben von einer Optik her, aber ich glaube, es ist eine Optik, die von oben herab auf dieses Quartier schaut und nicht von unten herauf, was dort in diesem Quartier lebt und was dort im Quartier los ist. Wenn wir die Strassenführung anschauen, wie die jetzt in Zukunft für die nächsten Jahrzehnte sein wird, dann kommen wir von Allschwil her und müssen einen rechten Winkel machen und fahren an Häusern vorbei, an einem Altersheim vorbei, machen wieder einen rechten Winkel, fahren an der Methodistenkirche am Eingang vorbei und machen einen etwa 60 Grad-Winkel und fahren an einem neuen Altersheim vorbei. Das ist doch eigentlich auf Dauer nicht zu verantworten. Es kann doch nicht sein, dass wir so tun, als ob wir keine Fahrzeuge mehr hätten. Wir steuern auf die E-Mobilität hin, wir werden in Zukunft Elektroautos haben, werden aber Autos haben und die müssen irgendwie diesen Verkehrsknotenpunkt überqueren.

Und jetzt reden wir von Aufenthaltsqualität an diesem Ort. Ich weiss nicht, wer von Ihnen nicht auf dem Bruderholz oder in Riehen oder in Bettingen oder ich weiss nicht wo wohnt, sondern ganz in der Nähe. Wenn Sie dort sind, sehen Sie, das ist ein ganz kleines Plätzchen. Jetzt kommen Autos von der Ahornstrasse Richtung Allschwil, von Allschwil her in Richtung Stadt. Es kommen Autos aus der Allschwilerstrasse, aus der Eichenstrasse, es kommt ein Tram quer durch die Gegend, es ist wenig Raum zwischen diesen wunderbaren Aufenthaltsqualitätsräumen. Kein Mensch will dort sich lange aufhalten, das stimmt doch einfach nicht. Es hat 30 Meter daneben einen wunderbaren Park, dort wird man sich aufhalten. Warum schliessen wir denn das einfach aus in unserer Überlegung und es so weit geht, dass wir sagen, weiter als die Regierung?

Ich habe das gelesen, die Regierung hat sich noch auf ein Mitwirkungsverfahren berufen und gesagt in ihrem Ratschlag, wir wollen nicht alle Parkplätze, es geht auch um Parkplätze, aber ich bin kein Parkplatzzähler, wir wollen nicht alle Parkplätze abbauen, weil wir sehen, in diesem Quartier haben wir eine Not geschaffen. Etwa 95 Prozent der Flächen sind offenbar permanent belegt. Es muss nur noch einer aus Allschwil oder aus Binningen als Handwerker kommen und vielleicht noch zwei, drei Leute aus dem Elsass und man findet gar keinen Platz mehr. Und wer mal dort gewesen ist, weiss, dass man keine Parkplätze mehr findet, wenn man dort lebt. Und die Regierung hat dann gesagt, wir erhöhen die Verkehrssicherheit und wir schützen die Velofahrenden, wir bauen vier ab. Das stimmt offenbar dann nicht mehr ganz, da ist der 12 zu 0 verabschiedete Bericht etwas unsorgfältig redigiert gewesen. Aufgrund des eindeutig positiven Effekts, der damit verbunden ist, stellt sich die Kommission oppositionslos hinter die Aufhebung der Parkplätze. Der Antrag ist gar nicht so gestellt worden, hinter welchen Antrag stellt sie sich denn? Wir wissen, dass in diesem Quartier tatsächlich 95 Prozent Parkplatzauslastung stattfindet, 104 Plätze sind weg, jetzt gehen nochmals etwa 25 Plätze weg. Wenn man das zusammenzählt, das sind ein paar hundert Meter, 104 und 25 Autos, die müssen sich irgendwo dann wieder verteilen in diesem Quartier, wo Menschen wohnen und die Menschen leben dort. Das ist auch Qualität in einer Stadt, es gibt nicht nur die Aufenthaltsqualität unter einem Baum während ein paar Stunden vielleicht, sondern man wohnt in diesem Quartier.

Ich habe noch viel zu sagen, ich komme vielleicht zu einem zweiten Votum. Was mich aber besonders genervt hat, ist der kommentarlose, begründungslose Abbau auch von Taxistandplätzen. Die Taxis sind doch Teil des öffentlichen Verkehrs. Müssen denn die Taxis jetzt mit Leerfahrten rumfahren? Es ist schon gesagt worden, kein Mensch geht mehr auf einen Taxistandplatz, aber die sind ja einerseits dort, weil wir Konzessionsgebühren verlangen, weil wir wollen, dass die nicht Leerfahrten haben, bis sie wieder irgendwo gerufen werden und wir haben dort ein grosses Spital in der Nähe, haben Altersheime in der Nähe, dieser Taxistandplatz wird rege benutzt. Und wenn Sie jetzt in der Kommission, als sie dort gewesen sind, für ein oder zwei Minuten kein Taxi gesehen haben, heisst das nicht, dass die nicht benutzt werden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Wir sitzen zusammen, wir politisieren zusammen, aber hier sind wir nicht gleicher Meinung. Ich finde auch, wir in der UVEK haben nicht eine Planung von oben herab gemacht, sondern sorgfältig. Wir haben uns viel Zeit genommen und ich finde, wir haben eine gute Lösung erarbeitet und ich freue mich dann in zehn Jahren, wenn wir diesen Platz zusammen wieder besuchen und Freude daran haben. Ich bin felsenfest überzeugt, dass das ein gutes Projekt ist und auch die Regierung hier ist sehr einverstanden mit der Weiterentwicklung des Ratschlags, die die UVEK gemacht hat. Ich möchte auch meinen UVEK-Kolleginnen und -Kollegen Danke sagen für diese Arbeit und heute Abend werden einige von uns bei der Eröffnung vom Oekolampad dabei sein.

Ich habe mir erlaubt, ganz kurzfristig Tobit Schäfer anzurufen und zu fragen, wie sind Sie mit diesem Ratschlag der UVEK zufrieden und er hat gesagt, er sei recht zufrieden, es fehlen ihm gewisse Sachen. Was fehlt dem Betreiber des Oekolampads? Es fehlen ihnen Veloabstellplätze, sie hätten gerne noch mehr Veloabstellplätze. Was fehlt Ihnen auch? Es fehlt ihnen das Tempo 30 auf der Ahornstrasse, weil ihre Nutzerinnen und Nutzer, das sind Kinderkrippen, das ist das Vorstadtheater und das ist das Tageszentrum für Demenz betroffene Personen, diese haben Unterstützung, nämlich mit einem Rollator und wenn sie mit einem Rollator über die Strasse gehen, vor allem über diese Breite, dann wäre Tempo 30 für sie sinnvoll. Also das ist ganz wichtig. Und dann habe ich ihn gefragt, ja, aber deine Tagesbesucherinnen und -Besucher, wie kommen diese? Diese kommen mit dem ÖV und nicht mit dem Taxi, weil diese jeden Tag kommen und für genau diese Personen braucht es die behindertengerechte Tramhaltestelle und das ist der Ursprung des Umbaus dieses Platzes.



Ich bin auch überzeugt, und ich wohne nicht im Quartier, Bruno Lötscher, Sie wissen das, ich wohne auf dem Bruderholz, aber ich habe mich sehr sorgfältig mit diesem Platz auseinandergesetzt und ich glaube auch, dass vor allem der Platz und die umliegenden Gebäude, wie Sie sagen, die zwei Kirchen, die Altersheime, wie Sie sie nennen, die werden mit dieser Variante sehr gut eingebunden und es wird ein identitätsstiftender Ort für dieses Quartier. Ich bitte wirklich, diese Vorlage nicht zurückzuweisen, sondern zuzustimmen, dann können wir zeitgerecht das umbauen und die Leute für das Oekolampad können altersgerecht aussteigen und über die Strasse gehen. Ich danke Ihnen sehr herzlich.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Brigitte Kühne hat vielleicht in einem Punkt recht, es ist nicht günstig, wenn eine Kommission einstimmig einen Bericht beschliesst, aber ich kann mich ja dadurch jetzt nicht in Geiselhaft nehmen lassen und etwas zustimmen, was ich absurd finde. Ich kann Ihnen berichten, und ich weiss nicht, wie nahe Sie an diesem Quartier sind, ich meine, Sie wohnen auch nicht so weit weg, ich wohne auch in dieser Nähe, ich war letzte Woche in den Ferien und ich habe vier Anrufe bekommen von Bewohnern dieses Quartiers, die gesagt haben, seit ihr eigentlich wahnsinnig, diesem Parkplatzabbau zuzustimmen, seid ihr eigentlich wahnsinnig, diese Umgestaltung so durchzuführen.

Das ist die Aufgabe eines Parlamentarier, solche Anliegen auch ernst zu nehmen und Brigitte Kühne, Mitwirkung ist auch dann ernst zu nehmen, wenn sie einem vielleicht nicht in den Kram passt. Sie berufen sich immer gerne von der linken Seite auf Mitwirkungsverfahren und zufälligerweise kommen dann diese Mitwirkungsverfahren immer so heraus, wie es Ihnen passt. Und wenn Sie einmal die Zahlen dieser Mitwirkungen anschauen, dann ist das ja nicht repräsentativ für das Quartier, das ist einfach nicht wahr. Wenn Sie diese Mitwirkungsverfahren ernsthaft betreiben wollen, dann würden Sie grossflächig das gesamte Quartier miteinbeziehen und nicht nur einige wenige, die vielleicht aus aktivistischen Gründen dann sich mit dieser Idee befassen wollen. Die Realität in dieser Gegend sieht doch ganz anders aus. Daniel Seiler hat das bereits erwähnt, durch den von Ihnen betriebenen Parkplatzabbau haben Sie in diesem Gebiet Gewerbebetriebe vernichtet. Das ist die Realität, da können Sie, Franz-Xaver Leonhardt, nicht darum herumsprechen. Sie haben, all jene, die diesen Parkplatzabbau im Gebiet rund um die Allschwilerstrasse und den Allschwilerplatz beschlossen haben, gewünscht haben, Sie haben dazu beigetragen, dass das Quartier für Gewerbebetriebe weniger interessant ist, ein weiterer Laden, der weggestorben ist. Und das wischen Sie dann einfach so weg als Argument und sagen, ja, aber es gibt ein Mitwirkungsverfahren und dann wurde gewünscht, dass man auf diesem Platz etwas macht.

Ich frage mich auch, ganz ehrlich gesagt, ein bisschen, ich habe nichts gegen attraktive Plätze und ich bin auch kein Autofetischist, ich habe nicht einmal einen Fahrausweis, aber ich frage mich jetzt schon, wo dieser Platz so unbedingt attraktiv sein muss, um sich aufzuhalten, wenn in der Mitte über den Platz im Vier-/Fünfminutentakt, von der einen Seite und von der anderen Seite kommen sie ja nicht gleichzeitig, ein Tram darüber braust, wenn gleichzeitig auch Rettungsfahrzeuge durchfahren müssen und wir aber in unmittelbarer Nähe eine wunderschöne Grünfläche haben, nämlich neben dem Oekolampad. Dort hat es bereits einen Aufenthaltsort, also ist es doch jetzt wirklich nicht notwendig, dass wir mitten auf dem Platz noch für zusätzliche Aufenthaltsattraktivität sorgen mit elf zusätzlichen Bäumen, die ja dann aber nicht gross sein werden. Ja, irgendwann schon in 50 Jahren, aber in den nächsten 20 Jahren sind das noch keine riesigen Bäume, die dann dazu einladen, sich dort zu verweilen und im Schatten sich aufzuhalten. Also ich glaube, das Ziel der Aufenthaltsqualitätssteigerung ist an vielen Orten zu begrüssen, ja, aber doch bitte nicht an einem solchen Platz, der für den Durchgangsverkehr gedacht ist und auch dafür gedacht ist, dass Menschen mit dem Tram ein- und aussteigen.

Und der Parkplatzdruck, Bruno Lötscher hat das, meine ich, gesagt in seinem Votum, der Parkplatzdruck ist unterschiedlich, auch im 4054/4055. Ich sage und mache mich damit teilweise sogar unbeliebt, dort, wo ich wohne, im 4054, das ist das Gebiet Bachlettenstrasse/Birsigstrasse, da hat man, wenn ich abends heimlaufe, oftmals, wenn der Zoo zu ist, auch leere Parkflächen. Da bin ich sogar einverstanden, ich mache mich damit manchmal etwas unbeliebt. Aber in diesem Gebiet rund um den Allschwilerplatz, gerade auch am Abend, wenn Sie dort durchlaufen, ist das einfach nicht so und deshalb glaube ich, gehört zur Aufenthaltsqualität auch, dass man den Anwohnenden die Möglichkeit gibt, am Abend ihr Auto zu parkieren und es ihnen nicht zumuten muss, dass sie einmal quer durch die ganze Postleitzahl laufen müssen, um irgendwie noch das Auto parkieren und abstellen zu können.

Und alles andere, was man machen kann, was zur Aufenthaltsqualität beiträgt, das kann man ja diskutieren, dafür können wir den Ratschlag nun der UVEK auch zurückweisen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, mit einem schlaun Vorschlag noch einmal hierherzukommen. Es ist nicht dringend, die Behindertengerechtigkeit dieser Haltestelle ist ein vorgeschobenes Argument. Ich glaube, es lässt sich auch noch bewerkstelligen, dass man dort ein- und aussteigen kann, wenn es vielleicht ein bis zwei Jahre länger geht.

Besten Dank, wenn Sie den Ratschlag zurückweisen.



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Joël Thüring, es liegen zwei Zwischenfragen von Franz-Xaver Leonhardt und Fleur Weibel vor. Sie werden entgegengenommen. Franz-Xaver Leonhardt.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Joël Thüring, Frage wegen dem Gewerbe. Sie gehen mit mir einig, dass das Restaurant und der Kulturbetrieb, der jetzt neu einzieht am Oekolampad, gewerbenahe betrieben sind?

*Joël Thüring (SVP):* Ja, selbstverständlich, aber ihnen wird ja nichts weggenommen, wenn wir es so lassen, wie es jetzt ist. Anderen Gewerbebetrieben, die schon dort waren, wurde etwas weggenommen und sie mussten deshalb zugehen. Sie haben allerdings auch nicht die Wibrandis Stiftung im Rücken, die feudal sie unterstützen kann.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Werte Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, dass die Motivation, heute besonders weit in der Traktandenliste zu kommen, nicht besonders ausgeprägt ist. Ich muss der Anwalt der Traktandenliste sein. Mein Ziel wäre es, trotzdem noch den einen oder anderen persönlichen Vorstoss behandeln zu können. Ich werde spätestens nach den Anzügen die Sitzung beenden. Vielleicht motiviert das Sie, dass wir noch ein bisschen vorwärts machen können. Ich wäre Ihnen dankbar.

Nächster Einzelsprecher ist Niggi Rechsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Ich mache es kurz, weniger emotional. Es freut mich grundsätzlich, dass sich der Allschwilerplatz weiterentwickelt. Der Park, das neu ausgebaute Gemeindehaus, das heute alle besichtigen gehen und nun auch das Zentrum des Platzes ist. Es wurden zahlreiche sachliche Argumente genannt, auch wurden die Entwicklungen aus unterschiedlicher Sicht beleuchtet. Die UVEK hat sich ausgiebig mit dem Thema auseinandergesetzt und der vorliegende Vorschlag im Bericht ist eine, scheint mir, an die gesetzlichen Vorschriften angepasste und optimierte Variante. Ich stelle diesen Vorschlag nicht in Frage. Es ist mir aber wichtig als interessierter Quartierbewohner, dass auch erwähnt wird, dass das private Engagement, das wurde auch schon erwähnt, zur Begründung des Platzes und die Installation eines Gemüsekiosks nicht selbstverständlich ist und dass damit ein wertvoller Begegnungsort geschaffen wurde. Diesen Charakter hatte der Allschwilerplatz bislang nicht.

Mitwirkungsverfahren sind heute ein Bestandteil, das haben wir auch gehört, es soll noch eines geben. Mitwirkungsverfahren wurden auch kritisch beleuchtet heute und wichtig ist dabei, scheint mir, wie die Mitwirkung abläuft und dass sie nicht lediglich, haben wir auch schon gehört, zur Bestätigung der verwaltungsinternen Vorstellungen als Pflicht durchgeführt wird. Das könnte man manchmal denken. Es scheint auch, als sei bei der Bespielung von Plätzen ein Foodtruck das Erfolgsrezept, das könnte theoretisch auch ein Güggeli-Truck sein. Auch Foodtrucks benötigen zur Einhaltung der Vorschriften im lebensmittelrechtlichen Sinn Strom und Wasser. Deshalb ist die Platzierung des Medienpunktes essenziell.

Wir haben in der Vergangenheit wiederholt erlebt, dass die Verwaltung in der Planung und Ausschreibung von Gastro- und Verkaufsflächen nicht wirklich eine glückliche Hand hatte. Man denke an den Schützenmatte-Pavillon, an die Kaserne und an andere Beispiele. Ich glaube, man liess sich eher von schicken Konzepten blenden und legte den Fokus zu wenig auf die wirtschaftlichen Aspekte der Unternehmer\*innen. Ich bitte mit meinem Votum lediglich, die involvierten Stellen, welche die Bespielung des neuen Allschwilerplatzes verantworten, dafür zu sorgen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung ehrlich und tatsächlich abgeholt werden. Das kann heissen, dass es nicht um Foodtrucks, sondern um einen Gemüseverkauf geht, wer weiss. Wichtig dabei ist aber, dass Profis und Kenner in die Planung mit involviert werden. Ich denke da beispielsweise an etablierte Organisationen wie Stadtkonzept, Gewerbeverband, Wirtverband, aber auch das Stadteilesekretariat. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, bereits erfolgt, das zivilgesellschaftliche Engagement mit einem zukunftsorientierten Konzept zu vereinen und ein der Quartierbewohner\*innen entsprechendes Angebot zu schaffen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Ich komme hierhin, um etwas Asche auf mein Haupt zu laden. Es ist tatsächlich so, es ist unschön, wenn in einer Kommission etwas mit 12 zu 0 Stimmen angenommen wird und wir dann hier so lange noch reden müssen, wo man doch immerhin sieben Sitzungen gehabt habe. Nun, ich könnte jetzt etwas scherzhaft sagen, man sieht halt, dass Quantität nicht immer Qualität ist, aber das will ich niemandem unterstellen. Die Anzahl Sitzungen könnte ja ein Zeichen sein, dass es eben doch sehr viel zu diskutieren gibt, dass eben doch sehr viel einigermaßen umstritten ist und das mag auch ein Argument dafür sein, dass eine Rückweisung, so nochmal nachbessern, durchaus möglich wäre.



Der Kritikpunkt, hättet ihr euch doch in der Kommission geäussert, ja, den müssen wir annehmen, Brigitte Kühne, das müssen wir akzeptieren. Es ist halt so, dass da viele Geschäfte sind und dass da halt einmal ein Umbau des Allschwilerplatzes nicht ganz so im Zentrum von Basel liegt und damit vielleicht auch nicht so ins Zentrum der Diskussion rückt, dass der mal etwas untergeht und wir es eben verpasst haben, das in der Fraktion etwas genauer zu diskutieren und unserer Vertretung in der UVEK dann auch entsprechend zu mandatieren. Das haben wir nicht gemacht. Das akzeptieren wir, nur, man darf ja auch gescheiter werden, auch jetzt noch, und es sei doch erwähnt, dass laut unseren Regeln die Entscheide über solche Projekte hier in diesem hohen Hause, um wieder einmal Joël Thüning zu zitieren, gefällt werden, das nach mehr oder weniger ausführlicher Beratung, heute halt mal etwas ausführlicheren. Aber ich glaube, das hat dem Projekt sicher nicht geschadet und wenn es tatsächlich dazu kommt, dass man Verbesserungen anbringen kann, dann umso mehr.

Ein letzter Punkt noch. Ich bin eigentlich gegen Referenden. Das Referendum zu ergreifen für eine Sache, die wirklich nur einen kleinen Teil der Bevölkerung betrifft, Sie erinnern sich an die St. Alban-Vorstadt und den Belag dort, dort hat der ganze Kanton inklusive Riehen abstimmen dürfen, ob wir jetzt das Kopfsteinpflaster kriegen, das Sie nicht wollten, oder nicht. Das ist eigentlich eine unsinnige Sache, aber trotzdem ist es zumindest hier nicht zu vermeiden oder nicht auszuschliessen, würde ich mal sagen, dass eben ein solches Referendum ergriffen würde. Das würde dann auch noch ziemlich viel Zeit kosten, das Projekt deutlich verzögern und dazu noch Mehrkosten verursachen. Dann wäre es doch vielleicht gescheitert, eben zurückzuweisen, die Zeit zu brauchen, um noch gewisse Anpassungen vorzunehmen, um dann mit einem Projekt zu kommen, wo wir alle wirklich auch dahinterstehen können, als dass wir dann tatsächlich noch einen Abstimmungstermin brauchen, um zu klären, ob jetzt das Tramhäuschen wekommt oder nicht.

In diesem Sinne appelliere ich nochmal an Sie, weisen Sie zurück.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* André Auderset, es liegt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod vor. Sie wird angenommen.

*Tim Cuénod (SP):* André Auderset, finden Sie es zweckmässig, dass eine nicht stattgefundene kontroverse Kommissionsberatung hier stattfindet, dass man quasi Kommissionssitzungen im Plenum macht?

*André Auderset (LDP):* Die Kommission ist dazu da, einen Entscheid vorzubereiten. Die Entscheidung obliegt uns und auch halt die Diskussion und ich möchte daran erinnern, dass sehr viele kontroverse Kommissionsberatungen, beispielsweise über Parkplätze, dann hier auch nochmal in extenso weitergeführt wurden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Bruno Lötscher, ich muss auf Sie reagieren, es tut mir leid, das hat mich schon ein bisschen persönlich getroffen. Ich möchte das schon noch klarstellen, ich wohne seit 20 Jahren im Umkreis von ein paar hundert Meter vom Allschwilerplatz und ich kaufe dort auch meine Erdbeeren ein. Das ist alles im Gotthelfquartier, wo auch der Allschwilerplatz liegt, er liegt nicht im Neubad, von dem her ist die IG Neubad vielleicht auch die falsche Ansprechgruppe. Ich war also nicht das erste Mal einfach bei der Kommissionsberatung auf dem Allschwilerplatz. Sie merken, ich habe sehr viel Herzblut dafür und ich hoffe, ich konnte das noch klarstellen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Es ist fast alles schon gesagt worden und es zeigt einmal mehr, ja, es ist wirklich etwas Unschönes, wenn eine solche Kommission vorbereitet und alles vordiskutiert und dann ist es 12 zu 0 und wir stossen dann das um oder versuchen das mindestens umzustossen. Da kann man sich noch fragen, braucht man dann die Kommission so.

Es ist vieles gesagt worden, etwas fehlt mir noch in dieser Diskussion, und zwar der Herr, Niklaus Fäh, der auf diesem schönen Platz dort den Mut gehabt hat vor langer Zeit schon jetzt, nach noch längerer Zeit, als der Ort ein bisschen getötelet hat, die Chance gepackt hat und etwas gemacht hat für das Quartier. Das Quartier hat unterdessen eine riesige Freude an diesem Gemüseiosk, wie er ihn nennt, und er hat wirklich das Gefühl, er habe da jetzt etwas gemacht, das übergangen wird von den Ideen, die er da vorgebracht hat. Er durfte sprechen in dieser Kommission und hat nicht das überbringen können, was ihm wichtig gewesen ist. Er hatte das Gefühl, er sei da nicht richtig verstanden worden, man habe die Sachen ein bisschen umgedreht, aus seiner Sicht auch nicht ganz begriffen vielleicht, was er sagen will und mit ihm ein grosser Teil der Bevölkerung.



Ich denke, wir sind da Vertreter der Bevölkerung und wenn das so einen Unmut gibt oder fast schon einen kleinen Aufstand, dann müssen wir das ernst nehmen und können das nicht einfach durchwinken. Darum bitte ich auch, das nochmal zurück an den Regierungsrat zu schicken.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ich möchte nur ganz kurz auf Bruno Lötscher und Joël Thüning eingehen. Es ist nicht so, dass der Allschwilerplatz ein Kreisel ist, so wie Sie ihn gezeichnet haben, oder ein kompletter Verkehrsdurchgangsplatz. Die einzige verkehrorientierte Strasse, die über den Allschwilerplatz, also am oberen Ende verläuft, ist die Ahornstrasse/Allschwilerstrasse. Alle anderen Strassen sind siedlungsorientierte Strassen und ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Bruno Lötscher für ein zweites Einzelvotum.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich entschuldige mich natürlich bei Jean-Luc Perret, ich habe aber gewusst, dass er am St. Galler-Ring wohnt. Ich oute mich jetzt auch, ich habe 30 Jahre an der Buchenstrasse gewohnt, das ist gerade um die Ecke. Ich kenne die Situation dort wirklich sehr gut, ich bin fast täglich aufs Tram, habe ab und zu das Taxi benutzt oder bin einkaufen gegangen in der Allschwilerstrasse.

Weshalb ich nochmals komme, es ist ja das Gewerbe noch angesprochen worden und das Taxi liegt mir ein bisschen am Herzen, weil man ja nicht abgeklärt hat, ob das nicht noch gebraucht würde dort oder nicht. Ich habe mir die Mühe genommen in den letzten Tagen, ein paar Taxi-Fahrer zu fragen und alle haben mir gesagt, selbstverständlich warten wir dort, wenn wir dort jemanden zum Spital gebracht haben, auf neue Kundschaft oder bis wir gerufen werden von der Zentrale oder uns jemand über eine App holt. Also diese Plätze werden gebraucht, nicht, um zu warten, bis jemand hinläuft, diese Methode ist wahrscheinlich wirklich bald vorbei, aber damit da nicht rumgefahren wird und unnötig Benzin verbraucht wird und für das zahlen die auch etwas. Also wir müssen eigentlich unsere Taxi-Unternehmer schützen und nicht Uber-Situationen fördern.

Und was ich auch noch sagen wollte bezüglich der Allschwilerstrasse oder der Siedlungsorientiertheit, Raffaella Hanauer die Allschwilerstrasse heisst ja nicht umsonst Allschwilerstrasse, die ist selbstverständlich eine wichtige Durchgangsstrasse. Kommt man von der Austrasse her, alles, was Richtung Allschwil fährt, fährt dann durch die Allschwilerstrasse und kurvt um den Bogen dort. Nur die wenigsten fahren via Ahornstrasse. Es ist einfach so, dass man die Verkehrsbedeutung dieses Platzes nicht unterschätzen darf.

Noch bezüglich des Gewerbes, das tatsächlich unter den wenigen Parkplätzen leidet, aber vor allem die Einwohnerinnen und Einwohner und die Menschen, die dort leben, leiden darunter, dass da minuten-, viertelstundenweise nach Parkplätzen gesucht wird. In den letzten Wochen hat jetzt dort offenbar auch der Denner geschlossen in der Allschwilerstrasse. Also es ist schon so, dass Läden, wo man gewisse Gewichte tragen muss, halt zuweilen auf Autoverkehr angewiesen sind und die werden jetzt dort zum Teil zumindest weggehen oder sind bereits weggegangen. Das lässt sich nicht wegdiskutieren, das ist einfach Fakt, das so geschehen ist und so in dem Sinn nicht mehr rückgängig zu machen.

Weshalb ich meine, Rückweisung wäre auch sinnvoll. Es gibt zwei, wie ich finde, sehr gut gelungene neue Beispiele von Tramhaltestationen, nämlich beim Kunstmuseum und beim St. Alban-Tor. Ich finde, beide Varianten sind hochspannend und ich habe nicht gesehen, ob man so etwas geprüft hat an diesem Platz. Ich meine, das wäre aufgrund der Diagonallage fast zwingend, dass man so etwas ins Auge fassen müsste, damit eben nicht alles rundherum fährt und die Menschen, die dann tatsächlich vielleicht zum Teil mal dort am kleinen Brunnlein etwas Wasser trinken, nicht sofort erschrecken, wenn schon wieder ein Auto durchbraucht oder das Tram. Ich glaube, wir können eine wesentlich bessere Situation herstellen, obwohl schon viel Gedankenarbeit gemacht wurde. Man kann ja auf dieser Gedankenarbeit aufbauen.

Ich glaube, man kann eine wesentlich bessere Situation herstellen. Es pressiert nicht, wir wissen auch nicht, wie sich das neue Oekolampad-Quartierzentrum entwickelt, auf welche Seite sich das wirklich entwickelt, ob sich das Richtung Park entwickeln wird, was durchaus auch möglich ist, und nicht nach vorne. Und dass wir jetzt quasi sagen, weil wir dort jetzt das Oekolampad haben, müssen wir pressieren, stimmt wohl so nicht. Wir haben, was ich gut finde im Ratschlag, 52 neue Parkplätze, Veloparkplätze, das finde ich ausgezeichnet, die kann man auch vorziehen. Es ist ja nicht so, dass man mit allem warten muss. Man es von 20 auf 52 erhöht, habe ich gesehen, also diese Möglichkeiten bestehen, auch wenn wir eine Rückweisung machen und dann eine hoffentlich noch bessere Vorlage bekommen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.



*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Ich bin mir bewusst, dass mir da sehr böse Blicke entgegengeworfen werden, ich möchte jetzt trotzdem noch zwei Sachen sagen. Erstens, die Nutzer dort, das ist nicht einfach die Wibrandis Stiftung und das Gewerbe, dort sind Anwohner, die haben einen Markt gemacht, da spielen die Anwohnenden. Die Wibrandis Stiftung ist eine der Nutzer, aber nicht einfach tonangebend dort vor Ort. Ich wohne dort, ich habe kürzlich eine Frau von der Strasse weggezogen, die total verladen war, und der Verkehr dort ist massiv. Ich konnte die gerade noch ab der Strasse ziehen und der Rettung anrufen. Also es ist dort wirklich kein Ort, um sich gemütlich niederzulassen.

Und dieser Kiosk dort, der Gemüseladen von Herr Fäh, ist auch ein Treff für Leute, die eben nicht in die Wibrandis Stiftung, nicht in das Bistro Rosa wollen, das muss man auch akzeptieren. Wenn die Anwohnenden und die User dieses Ortes derart opponieren, dann muss etwas falsch sein, dann muss man das nochmal anschauen mit diesen Leuten, nicht einfach nur mit der Wibrandis Stiftung, mit allem Respekt für die Leistung, die dort erbracht wird.

Also bitte, weisen Sie das zurück, schauen Sie das nochmals an und ziehen Sie bitte alle User in die Betrachtung ein, die des Altersheims, die der Wibrandis Stiftung, aber auch, wie das schon Niggi Rechsteiner gesagt hat, das Stadtteilesekretariat, usw., der Markt, der dort ist.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Rednerinnen-/Rednerliste ist nach anderthalb Stunden erschöpft. Somit kommen wir zu Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Zuerst einmal vielen Dank für die intensive Debatte. Ich denke auch, dass das wichtig ist, das haben wir auch in den Medienartikeln gesehen. Ich möchte ganz wenige Punkte aufnehmen.

André Auderset, Sie haben gesagt oder haben kritisiert, dass die Befragung online stattgefunden hat. Das war 2020 während der Pandemie und da waren Veranstaltungen schlicht nicht möglich. Wir wollten aber dennoch vorwärtskommen mit diesem Platz. Und was übrigens noch interessant war, ist, es haben über 70 Leute teilgenommen, was eine doch relativ gute Quote ist und ein Drittel dieser Menschen war über 55 Jahre alt. Also es ist nicht so, dass wir mit dieser Onlinebefragung nur Digital Natives erreicht hätten.

Dann zu Beat Schaller. Sie haben gefragt, weshalb wir bei einer Ex-Esso-Parzelle die Zwischennutzung dort verlängern konnten und hier nicht. Hier haben wir wirklich Handlungsdruck, und zwar einerseits, wir haben es mehrfach gehört, wegen dieser Haltestelle, die nicht ebenerdig ist, und ich darf auch hier in Erinnerung rufen, hier geht es nicht allein um Menschen in Rollstühlen, sondern es geht eben auch um Kinderwagen, es geht um stufenloses Einsteigen, auch für Menschen mit Rollatoren, und im Umfeld von Spitälern und Seniorenresidenzen ist das sehr wichtig. Dann haben wir Handlungsdruck, weil wir die Leitungen erneuern möchten. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie uns immer wieder bitten, Baustellen zu koordinieren. Das heisst, wir möchten, wenn wir schon einen Platz anfassen müssen, diese Baustelle auch nutzen, um sie umzugestalten. Das ist sehr wichtig.

Und last, but not least darf ich daran erinnern, diese Ergebnisse sind öffentlich zugänglich, dass nur zehn Prozent der damals Befragten gesagt haben, der Platz ist gut, so wie er heute ist. Die Menschen hatten Kritik an der Verkehrssicherheit, Verkehrsführung, sie haben gebeten, dass man da was verbessert, sie wünschten sich mehr Grün und sie wünschten sich einen Platz, der eben weniger fragmentiert ist. Also nochmals, 90 Prozent der Personen, die man damals befragt hat, haben sich eine Veränderung gewünscht.

Ich kann aus der Teilnahme und der Beteiligung bei den Kommissionssitzungen sagen, dass sich die Kommission sehr wohl Gedanken gemacht hat, wie die heutigen Nutzungen weiterbestehen können. Und natürlich geht das nicht in genau derselben Weise wie heute, aber ich glaube, das ist ja auch die Natur von Zwischennutzungen. Es gibt aber Perspektive. Es ist auch wichtig, sich bewusst zu sein, dass der Baustart in zweieinhalb Jahren ist. Dann wiederum haben wir zwei Jahre Bauzeit und danach kann sich wieder eine Nutzung etablieren. Und da übrigens genau dort ist es eben spannend, eine zweite Mitwirkung zu machen, weil Sie können sich ausrechnen, wenn die Realisierung 2028 ist, also sich die neue Nutzung dann etablieren kann, aber der Anfang des Projekts 2020, dann liegt sehr viel Zeit zurück. Ich glaube, so ein zweistufiges Vorgehen wird auch für künftige Projekte sehr interessant sein.

Eine Rückweisung an die Regierung wäre, ehrlich gesagt, gar nicht so einfach. Ich fand heute die Voten nicht ganz so eindeutig, was Sie sich wünschen. Die einen wünschen sich mehr Parkplätze, ich bin überzeugt, da wären aber wiederum andere dagegen. Die einen wünschen sich ein Häuschen, die anderen wären dann dagegen, weil es mehr versiegelte Flächen gibt, also ganz ehrlich, eine Rückweisung würde widersprüchliche Signale uns mit auf den Weg geben und es würde, wie gesagt, dazu führen, dass wir die Baustelle nicht koordinieren können.

Ich darf auch nochmal sagen, einen Platz gestalten wir für die nächsten Jahrzehnte. Was wir heute wichtig finden, ist vielleicht in 15, 20 Jahren anders wichtig. Wir werden neue Schwerpunkte, neue Ideen haben, das heisst, wir müssen die Plätze heute so gestalten, dass wir wissen, dass sie nutzbar sind in 20, 30 Jahren und das bedeutet wahrscheinlich mehr



Grün, mehr Schatten angesichts der steigenden Temperaturen und eben eine flexible Nutzung. Und ich glaube, dieses Projekt, das wir jetzt hier vorliegen haben, das überarbeitet wurde, das bietet diese Dinge und ich darf Sie deshalb bitten, dem Bericht heute zuzustimmen und damit auch den Weg frei zu machen für einen grüneren und einen vielseitig nutzbaren Allschwilerplatz.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nun hat der Kommissionspräsident der UVEK das Wort.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Aus meiner Sicht gibt es wie zwei dieser Konfliktlinien. Die eine hat mit der Rückweisung zu tun. So wie ich das richtig verstanden habe, geht es hier vor allem um die Frage, wie viele Parkplätze und wie viele andere Nutzungen sollen auf diesem Platz Platz finden, und die andere grosse Diskussion war die Frage, was hängt eigentlich mit was zusammen und welche Nutzungen ergeben sich daraus. Bevor ich auf diese zwei Dinge eingehe, möchte ich einfach noch zwei, drei Sachen richtigstellen.

Es wurde, ich glaube, es war Bruno Lötscher, gesagt, dass diese Taxistandplätze weg seien mit dem Projekt der UVEK und wenn man die Karte nochmals vielleicht schnell einblenden könnte, auch im UVEK-Projekt wird es Parkplätze auf dem Platz geben. Es sind vier Stück, einer davon für behinderte Personen und drei davon, die können wahlweise blau markiert werden oder für einen Taxistandplatz verwendet werden. Das ist auf der westlichen Seite beim Trafohaus. Es ist also nicht so, dass keine Taxistandplätze mehr möglich sein werden. Das ist diese graue Fläche zwischen dem Trafohaus und dem Baum im Norden und unten sieht man noch, ich weiss nicht, ob man es aus der Weite erkennt, auch den Parkplatz für behinderte Personen. Das mal zur Klärung.

Das zweite, es wurde viel über diese behindertengerechte Tramhaltestelle gesprochen. Sie muss in einer geraden Lage sein und sie muss von Anfang bis zum Ende auf der gleichen Höhe sein. Das Beispiel Lyss, das erwähnt wurde, dort ist die Ausfahrt der Feuerwehr. Das ist ein zwingender Grund, dort war das nicht möglich, aber wenn man keine zwingenden Gründe bringen kann, dann wird vom Bundesamt für Verkehr nur eine solche Lösung akzeptiert. Wir hatten das Thema immer wieder und es kommt irgendwie trotzdem immer wieder. Die Rechtspraxis ist ganz eindeutig gefestigt, so wird verfahren und so würde auch in diesem Fall verfahren. Und wenn man das weiss, dass diese Tramhaltestelle eben nicht mehr so bleiben kann wie heute, dann setzt das den ganzen Prozess in Gang. Das führt zu einer Verschiebung, sie muss abgebaut werden. Durch diese Verschiebung wird der Platz sowieso umgestaltet und wenn man ihn umgestaltet, dann ist die Frage, wie.

Wenn ich zugehört habe, was als Rückweisungsgrund angefügt wurde, dann war es einerseits das Argument, es braucht mehr Parkplätze, weil eben dort zum Beispiel Spitäler sind und Institutionen mit älteren Personen, usw. und man würde dann aber in Kauf nehmen, dass diese behindertengerechte Tramhaltestelle auf Jahre verschoben würde, das macht ja wirklich keinen Sinn, das ist ein Widerspruch in sich. Also wenn man sagt, hier gibt es ein höheres Bedürfnis, behinderte Personen, ältere Personen, dann muss man doch umso mehr schauen, dass diese Tramhaltestelle bald gebaut werden kann.

Der zweite Widerspruch. Es gab einige, die argumentiert haben mit einer Rückweisung, die Situation heute sei gar nicht so schlimm, es gibt ja diesen Stadtpark und die Leute hätten das jetzt so angenommen und das sei gut so, wie es ist, man würde es kaputt sanieren, was heute da ist. Die anderen Leute, die für die Rückweisung argumentiert haben, haben gesagt, das ist ganz klar ein verkehrsorientierter Platz, der wird immer so bleiben und da gibt es nichts, sich aufzuhalten, man hat ja die Oekolampad-Anlage, dort soll man hingehen, wenn man sich aufhalten soll. Also auch wieder hier ein ganz klarer Widerspruch. Wenn wir zurückweisen würden, wäre völlig unklar, was damit gemeint wären.

Aus Sicht der Kommission möchte ich sagen, wir haben sauber gearbeitet und ich möchte betonen, alle Kommissionsmitglieder haben sich sehr Mühe gemacht. Wir haben auch Kommissionsmitglieder, die dort in der Nachbarschaft wohnen. Ich finde es immer gut, wenn es Perspektiven gibt aus dem Alltag, weil man dort wohnt, aber auch Perspektiven, die ein bisschen Distanz haben. Es ist alles zusammengekommen. Wir haben nicht nur auf die Wibrandis Stiftung oder auf jemand anderes geachtet, sondern versucht, die verschiedenen Perspektiven zusammenzubringen und darauf aufbauend eine Lösung zu finden und ich finde, dies ist uns gelungen. Eine Rückweisung wäre sehr widersprüchlich, würde den Prozess verzögern, würde keinen unmittelbaren Nutzen bringen, man hätte wieder diese verschiedenen Ansprüche an den Raum, was in der Natur der Sache liegt.

Darum möchte ich wirklich Sie bitten, nicht zurückzuweisen und am Ende diesen Ausgaben zuzustimmen. Mit der Lösung der UVEK ist die Flexibilität gegeben, dass daraus auch weiterhin etwas Schönes entstehen kann und dass der ganze Platz profitieren kann, inklusive den Nutzungen, die sich darum herum jetzt am bilden sind. Das wäre eine ideale Koordination, wenn das Projekt relativ bald angegangen werden könnte.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es liegt eine Zwischenfrage von Bruno Lötscher vor. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird angenommen.



*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Nur ganz kurz, ich komme nochmal wegen den Taxis, weil jetzt gesagt wurde, die werden ja nicht wegfallen. Ich zitiere nur aus dem Bericht der UVEK und nehme diesen ernst und nehme diesen wörtlich und da heisst es, dass der Aufhebung der Taxistandplätze zugestimmt wurde und dann, nur Parkplätze zum Laden von Elektrofahrzeugen und ein Behindertenparkplatz sollen jedoch an anderer Stelle bestehen bleiben. Dass irgendein Taxistandplatz bestehen bleiben soll, steht nicht. Woher nehmen Sie jetzt diese Vermutung, dass es doch geht?

*Raphael Fuhrer (GAB):* Das steht im Bericht. Wir sagen, es bleiben diese drei Parkplätze erhalten mit der Option auf einen Taxistandplatz, wenn das Bedürfnis besteht. Das steht im Bericht so drin.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung an den Regierungsrat wurde durch André Auderset und Beat K. Schaller beantragt. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

Wer den Ratschlag zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003507, 16.05.24 16:32:38]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Antrag abgelehnt mit 57 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir fahren weiter mit der Detailberatung (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Umgestaltung Allschwilerplatz mit Gesamtbetrag, Alinea 1 bis 10

2. Mitwirkungsverfahren

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**57 Ja, 28 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003509, 16.05.24 16:33:33]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 3'763'000 für die Umgestaltung des Allschwilerplatz zu einem für den Fussverkehr sicheren und attraktiven Strassenraum bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 990'000 neue Ausgaben für die Umgestaltung des Strassenraums zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»
- Fr. 340'000 neue Ausgaben zu Lasten des Mehrwertabgabefonds
- Fr. 928'000 neue Ausgaben für die Gleisanlagen als Darlehen an die BVB



- Fr. 97'000 für die Haltestelleninfrastruktur als Darlehen an die BVB
- Fr. 29'000 als einmaligen Entwicklungsbeitrag nach Fertigstellung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds
- Fr. 215'000 als einmalige Betriebsaufwendungen zu Lasten des Globalbudgets ÖV
- Fr. 4'000 als jährliche Folgekosten nach Fertigstellung für die Pflege der Vegetationsflächen und Bäume zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements
- Fr. 815'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Strasse gemäss heutigen Strassenstandards zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Strasse
- Fr. 291'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Abwasserableitungsanlagen gemäss heutigem Standard zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen
- Fr. 54'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Haltestellen-Infrastruktur zu Lasten der Rahmenausgabe Erhaltung als Darlehen an die BVB.

2. Es findet ein zweites, mit dem Termin der baulichen Umgestaltung koordiniertes Mitwirkungsverfahren zur Nutzung/Ausgestaltung der oben beschriebenen beiden Mitwirkungsflächen statt. Zur Vorbereitung und Durchführung des Mitwirkungs-verfahrens stehen Fr. 30'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» zur Verfügung. Zur anschliessenden Planung/Projektierung und Umsetzung der Massnahmen aus der Mitwirkung steht ein Kostendach von Fr. 150'000 zu Lasten des Mehrwertabgabefonds zur Verfügung.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 57 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.

#### **14. Gestaltungskonzept Innenstadt: Vierter Bericht zur Verwendung der Mittel aus der ersten Rahmenausgabenbewilligung (2015) sowie erster Bericht zur Verwendung der Mittel aus der zweiten Rahmenausgabenbewilligung (2021) Gestaltungskonzept Innenstadt (stabile Räume), Bericht des RR**

[16.05.24 16:33:41, 24.0226.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Mit diesem Geschäft werden wir Kenntnis nehmen oder eben nicht Kenntnis nehmen, es ist kein Finanzbeschluss damit verbunden. Zur Erinnerung, es ist ja ein wiederkehrendes Thema, das Gestaltungskonzept Innenstadt. Der Mechanismus dahinter ist, dass das Gestaltungskonzept die Basis legt und darauf aufbauend dann eine Sequenz von RABs erfolgen, wovon je mehrere Projekte finanziert werden können. Es werden nicht die einzelnen Projekte in den Rat gebracht, sondern es gibt Rahmenausgabenbewilligungen und davon sind dann immer gerade paketweise Projekte, die somit finanziert sind. Es handelt sich in der Regel um lineare Räume, also Strassen und Gassen inklusive der Kreuzungsbereiche. In der Regel werden dann separate Ratschläge gemacht, wenn es um Plätze geht. Letztes Beispiel war der Rümelinsplatz.

Das Gestaltungskonzept Innenstadt setzt die Leitplanken, legt die Grundsätze fest, enthält auch so etwas wie Standards und zeigt Zusammenhänge auf. Die einzelnen Projekte gehen dann aber jeweils auf die örtlichen Gegebenheiten ein und



orientieren sich an diesen Grundsätzen. Wir haben in der UVEK diesen Bericht diskutiert und ich möchte hier kurz wiedergeben, was wir gerne dem Bau- und Verkehrsdepartement mitgeben möchten. An dieser Stelle ein Dankeschön für den Einblick, den uns das Bau- und Verkehrsdepartement gewährt hat in die laufenden Arbeiten im Zusammenhang mit dem Gestaltungskonzept Innenstadt.

Ein Thema bei uns war die Begrünung und Entsiegelung. Dazu haben wir drei Punkte. Aus unserer Sicht ist die Priorität dieses Themas eindeutig in den letzten Jahren gestiegen. Uns wurde auch in Aussicht gestellt, dass mit der Beantwortung zur Motion Bessenich dazu dann konkretere Angaben folgen werden. Wir würden eine höhere Gewichtung stützen, hatten den Eindruck, dass es in diese Richtung geht, das wäre der UVEK wichtig, dass das bis am Schluss auch dann so bleibt.

Der zweite Punkt: Die Organisation im Untergrund ist ja sehr entscheidend, was auch dann an der Oberfläche machbar ist. Es wäre aus Sicht der UVEK sehr wünschenswert, wenn man hier weiter Optimierungspotenzial ausschöpfen kann, damit am Schluss tatsächlich Baumstandorte realisiert werden können im Wissen darum, dass das in der sehr engen Innenstadt eine schwierige Aufgabe ist.

Der dritte Punkt: Fassadenbegrünung. In der UVEK haben wir mit Freude zur Kenntnis genommen, dass in letzter Zeit vermehrt Bemühungen dazu stattgefunden haben. Wir haben die Beispiele Rümelinplatz und Rheingasse besprochen. Wir mussten auch zur Kenntnis nehmen, dass die Ressourcen für ein generelles aktives Vorgehen von Seiten Bau- und Verkehrsdepartement fehlen. Das waren jetzt also sehr projektbezogene Projekte, ein allgemeines Projekt dazu ist im Moment anscheinend nicht möglich. Wäre das gewünscht, müsste das aufgebaut werden beziehungsweise dann auch finanziert und beschlossen werden.

Dann ein weiterer inhaltlicher Punkt war eine Frage, wo bleiben eigentlich die vor Jahren versprochenen Poller. Wir waren erstaunt, dass die immer noch nicht da sind. Sie würden sicher einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die verkehrsfreie Innenstadt vielleicht doch ein bisschen verkehrsfreier wäre als heute. An diesem Thema werden wir sicher dranbleiben.

Der dritte inhaltliche Punkt: Was sind eigentlich die Regeln, wenn Tempo 20 signalisiert ist, also Begegnungszonen. Die UVEK hat nach wie vor den Eindruck, dass diese Regeln nicht besonders bekannt sind und sie fordert ja schon seit langem, dass sie bekannter gemacht werden. Wir würden uns eine gezielte Kampagne wünschen. Uns ist klar, der Lead wäre da beim JSD, also nicht beim Bau- und Verkehrsdepartement, das das Geschäft bei uns in der Kommission vorgestellt hat. Die UVEK glaubt an eine rücksichtsvolle Koexistenz, wir haben aber den Eindruck, dass es dazu doch auch noch gewisse Verbesserungen braucht. Besonders nötig wäre das in Tempo 20-Zonen, wo auch Velorouten durchführen. Wir haben ja das Projekt Rheingasse nun oder rückt in Umsetzungsnähe. Die UVEK möchte darauf hinweisen, dass gerade dort dieses Thema sicher entscheidend ist und dass eine gute Situation geschaffen werden muss.

Der dritte Punkt, der zu dem Thema Regeln und Begegnungszonen gehört, sind die Asphaltbänder. Sie sind ja in den linearen Elementen integriert. Häufig werden sie so wahrgenommen, dass sie quasi der Fahrbahn entsprechen und die Pflasterung dem abgeschafften «Trottoir» beziehungsweise dass die Pflasterung dann der Platz ist, wo Fahrzeuge abgestellt werden können. Und das ist ja genau nicht die Idee, in einer Begegnungszone hat der Fussverkehr überall Vortritt, also flächig und es gilt ein absolut generelles Parkierverbot ausserhalb der markierten Flächen. Wie der Alltag zeigt, sind diese Regeln eben nicht allen bekannt und es wäre wünschenswert, wenn das verbessert würde. Wir haben das bereits bei der Sanierung der St. Alban-Vorstadt gefordert und würden uns wünschen, dass das angegangen wird.

Zu den dokumentierten Projekten hat die UVEK keine projektspezifischen Anliegen. Wir haben den gesamten Bericht zur Kenntnis genommen und empfehlen, das auch hier im Plenum zu tun.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Regierungsrätin verzichtet in der ersten Runde. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und hier hat sich Beat K. Schaller für die SVP gemeldet.

*Beat K. Schaller (SVP):* Freuen Sie sich, jetzt kommt ein Votum ohne das P-Wort, P wie Parkplätze. Das haben wir heute genügend gehört. Die SVP bittet Sie, die beiden Berichte des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen, ob sie das wohlwollend tun wollen, das sei Ihnen überlassen. Der Regierungsrat schreibt, er wolle der Innenstadt ein einheitliches Gesicht geben. Diese Absicht ist löblich und wir unterstützen sie. Laut ihm erfüllt das GKI mit dem umfangreichen Handbuch diese Absichten. Ob das wirklich zutrifft, das möchten wir seitens der SVP zumindest in Frage stellen.

Vergleichen wir mit anderen historischen Städten, sind wir von einem einheitlichen Gesicht oder auf Neudeutsch, von einem Corporate Image, welche den Strassen und Gassen unserer Stadt ein einheitliches Gesicht geben, doch noch einiges entfernt. Das Asphaltband, welches eigentlich zwischen den Wackensteinen sein sollte und wie uns einmal gesagt worden ist, wie ein Teppich ausgerollt werden sollte, der erscheint sehr uneinheitlich und für eine historische Darstellung ungeeignet. Ich selber bin mit der jetzigen Ausgestaltung dieses Asphaltbandes alles andere als zufrieden, aber es wurde darüber abgestimmt und wir akzeptieren diesen Entscheid. Schauen Sie sich aber, wie dieses Asphaltband ausgeführt worden ist,



gehen Sie den Spalenberg hinunter oder schauen Sie sich die Schneidergasse an, das ist eine Buckelpiste, die ist alles andere als schön. Am Nadelberg, da ist ja nicht ein Asphaltband in der Mitte, sondern das ist ein Asphaltbelag, bei welchem sich auf der Seite und den Hausmauern noch verschämt ein paar Wackensteine verstecken.

Schauen Sie andere historische Städte an, meine zweitliebste Stadt nach Basel, Florenz, die hat es fertiggebracht, ein historisches Bild zu bewahren. Und nein, ich fliege nicht mit dem Flugzeug nach Florenz, ich nehme jedes Jahr den Zug. Gehen Sie einmal, schauen Sie, wie dort dieses Innenstadtkonzept umgesetzt worden ist, wie es wirklich noch eine historische Stadt ist. Auch dort gibt es Leute, die nicht mehr gut zu Fuss sind. Offensichtlich ist es möglich, dass man auch diesen Leuten eine Innenstadt, Strassen- und Gassengestaltung bieten kann, mit welchen sie gut leben können.

Kommt dazu das Thema mit dem Alpnacher Quarzsandstein, der ja anfänglich wirklich gut und schön aussieht. Schon kurz nach der Fertigstellung der Greifengasse monierte aber Kollega Auderset in einer Interpellation zu Recht, er sagte, er brauchte den Titel, kaum verlegt, schon versifft. Unrecht hat er nicht. Der Quarzsandstein sieht schön aus, nach meinem Dafürhalten ist er aber ein unwahrscheinlicher Magnet für Kaugummi, Schuhabrieb, Taubenkot und was sonst noch daherkommt. Der Regierungsrat nennt dies beschönigend eine Patina. Na, da melde ich meine Zweifel an, Kaugummi und Taubenkot sind nach meinem Dafürhalten keine schöne Patina.

Trotz diesem Bedenken, wir haben dem Gestaltungskonzept Innenstadt zugesagt und wir können natürlich nicht in voller Fahrt das Ruder umlegen. Wir wünschen uns allerdings vom Regierungsrat, dass er gerade bei den Asphaltbändern auf eine deutlich konsequentere und schönere Umsetzung achtet, dass er in der Schneidergasse zum Beispiel bei Gelegenheit, wenn es sich denn anbietet, wirklich eine schöne Gestaltung hat, bei welcher die Wackensteine das sichtbare Element sind und dieser Asphaltteppich nicht das vorherrschende Element.

Namens der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die beiden Berichte zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke Ihnen dafür.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion LDP spricht Lydia Isler-Christ.

*Lydia Isler-Christ (LDP):* Die LDP nimmt den Bericht auch zur Kenntnis und wird ihn auch annehmen. Wir haben allerdings ein bisschen eine andere Skepsis. Bei uns geht es jetzt nicht nur um die Optik, sondern wir sehen bei diesen Wackensteinen auch das Problem, dass es, um darauf zu laufen, ein bisschen problematisch sein kann. Also, das eine ist die Schuhwahl, man kann immer noch mit Turnschuhen, das geht ja allenfalls noch, aber viel problematischer ist es für mobilitätseingeschränkte Menschen. Das sieht man schon in der St. Alban-Vorstadt, wo sich das ansässige Altersheim wirklich gewehrt hat, weil sie gesagt haben, mit einem Rollator oder mit einem Rollstuhl ist das kaum zu bewältigen und wenn man dann mit Stöcken oder mit Krücken dort durchlaufen will, das ist schlicht unmöglich. Da muss man unweigerlich auf den Asphalt in der Mitte der Strasse ausweichen und der ist ja eigentlich nicht gemeint für die Fussgänger, sondern für Velofahrer oder vielleicht fährt einmal ein Auto durch. Und in der Rittergasse sieht man es jetzt schon, dort ist es so ausgestaltet, dass in der Mitte das Asphaltband ist und wenn man schaut, wo die Leute sind, dann sind sie primär in der Mitte und dann ist es auch für das Velo, wenn sie dort durchwollen, ein bisschen eine Spiessrutenlauf. Wir sehen in dieser Lösung noch ein bisschen Optimierungspotenzial.

Wir nehmen den Bericht entgegen, würden uns aber zum Teil andere Lösungen wünschen. Wir sind gespannt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Lisa Mathys (SP):* Ich kann nicht umhin, jetzt nachzufragen. Jetzt haben Sie doch vorhin gerade die Rückweisung des Allschwilerplatzes beantragt, womit Sie eine behindertengerechte Haltestelle verhindert hätten. Jetzt argumentieren Sie mit Behindertengerechtigkeit bei dem Konzept, das abgesprochen ist mit den Behindertenorganisationen. Ist das wirklich ernst?

*Lydia Isler-Christ (LDP):* Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Wir sind selbstverständlich nicht gegen behindertengerechte Tramhaltestellen, aber einfach, dass man es sinnvoll löst für alle Beteiligten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit wird Esther Keller für den Regierungsrat in der zweiten Runde sprechen. Sie verzichtet. Damit geht das Wort an Raphael Fuhrer für die zuständige Kommission.



*Raphael Fuhrer (GAB):* Der von Beat Schaller angesprochene Spalenberg und die Schneidergasse sind nicht nach den Grundsätzen des Gestaltungskonzept Innenstadt gestaltet worden, das war noch vorher. Würden sie jetzt gestaltet, wären sie genau so, wie Sie das gesagt haben, mit breiteren Wackensteinbändern. Auf der anderen Seite hat ja jetzt Lydia Isler-Christ gesagt, die Asphaltbänder sind wichtig, dort sollen aber die Leute nicht entlanggehen. Doch, man darf in einer Begegnungszone als Fussgängerin/Fussgänger auf der ganzen Breite der Strasse gehen. Es ist eben gerade die Idee, dass die Leute, die das nicht bequem finden, auf den Wackensteinen zu laufen, auf den geschliffenen, die können auch auf dem Asphaltband laufen, darum hat man die eingeführt. Ich glaube, das zeigt gerade auch, warum diese Kampagne vom Justiz- und Sicherheitsdepartement so wichtig wäre, dass man mal diese Regeln und die Ideen dahinter besser vermittelt, damit diese Koexistenz noch besser gelingt als heute.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 18 des Berichts)

Einziges Absatz

Publikationsklausel wird ergänzt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003511, 16.05.24 16:49:28]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Der Bericht des Regierungsrats zur Verwendung der Mittel aus der ersten und zweiten Rahmenausgabenbewilligung Gestaltungskonzept Innenstadt (GKI) wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grosse Rat stimmt zu mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

## **15. Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2021 und 2022, Bericht der UVEK**

[16.05.24 16:49:34, 23.1480.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Das Wort geht an den Präsidenten der UVEK Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Es handelt sich hier um eine jährliche Berichterstattung durch den Regierungsrat, die auf den jeweiligen Berichten der Fluglärmkommission beruht. Der Regierungsrat ordnet jeweils noch die Erkenntnisse der Kommission ein. Ich möchte an dieser Stelle dem WSU danken für die gute Kommissionsarbeit in diesem Thema. Ausnahmsweise fasst der Bericht nun zwei Jahre zusammen, die Jahre 2021 und 2022. Weil das Jahr 2021 noch sehr unter



dem Einfluss der Pandemie stand, beziehen sich die meisten Aussagen der Kommission, des Regierungsrats und auch uns als UVEK auf das Jahr 2022 und dort zeichnet sich eine sehr starke Zunahme der Flugbewegungen ab. Wir können feststellen, dass die Lärmsituation im Vergleich zur Vorpandemiezeit wieder sehr kritisch wurde und wir haben darum uns entschieden, einen schriftlichen Bericht zu machen.

Die Anliegen der UVEK betreffen einerseits die Flugbewegungen während des Tages, das sind aber weniger Feststellungen, und die meisten beziehen sich auf die sogenannten drei Nachtstunden. Das ist die Stunde 10 bis 11 Uhr, 11 bis 12 Uhr, dann ist ja offiziell der Flughafen theoretisch zu von Mitternacht bis 5 Uhr morgens, dann geht es wieder los von 5 bis 6 Uhr. Das sind die drei Nachtstunden, also 10 bis 12 Uhr und 5 bis 6 Uhr.

Zu den ersten zwei Nachtstunden, also 10 bis 12 Uhr. Das ist eine kritische Zeit, das ist die Zeit, wo die meisten Leute einschlafen möchten, und darum ist das schon seit längerem ein Thema in der Fluglärmkommission und auch bei uns in der Kommission. Wenn man den langjährigen Trend beobachtet, dann sieht man, dass der Lärm deutlich zunimmt. Wir sind fast wieder bei den Lärmwerten aus dem Rekordjahr 2019. Der Grund sind mehr Flugbewegungen. Dahinter steht das weitverbreitete Geschäftsmodell der Fluggesellschaften, die vier Rotationen. Das heisst, ein Flugpaar Hin- und Rückflug oder, je nachdem, wo das Flugzeug stationiert ist, der erste Flug nach Basel und dann wieder zurück zur Heimstation. Diese vier Rotationen unterzubringen an einem Tag, wenn dann Verspätungen noch passieren, weil zum Beispiel der Flugraum überlastet ist, dann muss halt diese Spannweite von 5 Uhr morgens bis um Mitternacht ausgeschöpft werden mit den entsprechenden Lärmphänomenen zu diesen sensiblen Zeiten.

Seit dem 1. Februar 2022 gilt ein Verbot von geplanten Starts gewerblicher Flüge ab 23 Uhr sowie ein Verbot von Starts und Landungen gewisser besonders lauter Flugzeuge. Das Resultat ist ein deutlicher Rückgang der Starts nach 23 Uhr. Das ist grundsätzlich gut und wurde in der UVEK auch begrüsst. Wir haben aber auch festgestellt, dass es nun deutlich mehr Starts gibt zwischen 10 und 11 Uhr und dass es als Nebeneffekt auch deutlich mehr Starts in Richtung Süden gibt und Richtung Süden heisst übersetzt in Richtung Basel, weil gleichzeitig Landungen von Norden stattfinden. Und insbesondere gerade in diesem Zeitfenster von 22:45 bis 23:15 Uhr hat der Fluglärm sogar gegenüber 2019 im Süden, also bei Basel sogar zugenommen. Und genau das wollte man ja eigentlich nicht. Man wollte eine Entlastung in den sensiblen Nachtstunden.

Die UVEK ist darum noch nicht zufrieden mit der Entwicklung in den ersten zwei Nachtstunden. Ein Grund dafür aus unserer Sicht ist die Definition vom Startpunkt des Fluges. Die französische Zivilluftbehörde legt diesen fest als Zurückstossen vom Gate, dann geht das Flugzeug auf die Rollbahn, bringt sich in Position und startet dann. Natürlich vergeht da eine rechte Zeitspanne und darum gibt es eben auch noch Fluglärm nach 23 Uhr. Das war ja eigentlich nicht im Sinne der Erfinder. Wir von der UVEK finden darum, der massgebende Zeitpunkt ist der eigentliche Startvorgang, denn dieser verursacht ja den Lärm und wir hoffen oder wir fordern, dass das auch so angepasst wird. Das zweite ist die Frage, wie kann man das umsetzen. Da ist es natürlich so, es gibt einen Verwaltungsrat, wo auch Vertreter aus dem Regierungsrat Einsitz nehmen, es gibt die französischen Zivilluftfahrtbehörden und es gibt den EuroAirport als Unternehmen selber. Wir würden uns wünschen von Seiten UVEK, dass natürlich auf allen Stufen geschaut wird, wie man dieses Problem in den Griff bekommen kann.

Der zweite wichtige Punkt, das sind die Ausnahmeregeln. Sie haben stark zugenommen im Vergleich zu früher, es ist eine Verdoppelung. Wir finden von Seiten UVEK, man müsste diese Ausnahmen transparenter machen und sie auch restriktiver anwenden. Insgesamt müssen wir aber auch feststellen, natürlich kann man auf diese Mittel setzen, wir werden aber nicht darum herumkommen, auch eine Reduktion der Flugbewegung in diesen drei Nachtstunden anzustreben. Das ist schwierig, das Geschäftsmodell der Fluggesellschaften ist nicht so einfach kompatibel damit, aber auch das müsste man sich vornehmen.

Hier kommt aber ein Punkt ins Spiel, der Flugraum in Europa ist chronisch überlastet. Es hat zu viele Flugbewegungen und der UVEK ist bewusst, der Raum für Verbesserungen ist so leider eng. Es ist aus ihrer Sicht darum klar, wir brauchen weniger Flugverkehr und somit auch weniger Lärm. Ein erster Schritt, nämlich die verbotenen Starts nach 23 Uhr, das muss verbessert werden, weitere Schritte müssen folgen. Es braucht aber eine allgemeine Verlagerung aus allen drei Nachtstunden und nicht nur bei den Starts, auch Landungen verursachen natürlich Lärm, die sind ja nicht Teil dieser Massnahmen. Das Geschäftsmodell der Fluggesellschaften, das Reiseverhalten der Bevölkerung, auch das Geschäftsmodell letzten Endes des Flughafens und die Abläufe in der Wirtschaft, die müssen kritisch diskutiert werden und weiterentwickelt werden.

Zwei weitere Themen, die wir in der UVEK besprochen haben, die für Basel besonders relevant sind, sind zum einen die Südlandungen. Hier ist ja die Windlage massgebend, das ist abhängig davon, wie stark gewisse Windströme sind, wo entschieden wird, ob dann von Süden oder von Norden her gelandet werden muss. Was festgehalten wurde damals, ist, dass bei 8 Prozent Südlandungen eine Analyse stattfinden muss und bei 10 Prozent oder mehr Massnahmen ergriffen werden müssen, um diese Südlandequote zu reduzieren. Die Quote ist mittlerweile auf 11,5 Prozent gestiegen. Erklärt wird das unter anderem mit einem veränderten Mikroklima, das sich wandelt in unsere Region. Die UVEK schliesst sich in diesem Punkt dem Regierungsrat an, alle Massnahmen sollen ausgeschöpft werden, um diese Quote wieder zu reduzieren. Es wäre sicher falsch, diese Quote nun einfach anzupassen, also lockerer zu machen. Es ist vielleicht auch noch wichtig, im Kopf zu behalten, es ist eine Quote, ein relatives Mass, wenn die Flugbewegungen insgesamt steigen, die Quote aber sinkt, heisst das nicht automatisch, dass es weniger Lärm gib, weil einfach die Menge insgesamt grösser ist.



Das zweite wichtige Thema aus Basler Sicht sind die Direktstarts, also Starts geradeaus nach Süden, kann man vereinfacht sagen. 2022 gab es im Durchschnitt 2'000 Direktstarts, das sind 5,7 pro Tag. Die können stattfinden zwischen 7 und 10 Uhr. Es sind zwar dann ein Einzelereignisse, aber auch die reichen natürlich, um Leute zum Beispiel aus dem Schlaf zu reissen an einem Samstagmorgen. Aus sich der UVEK müsste dieser Trend gebrochen werden. Es ist ein neuer Höchststand gegenüber 2021, eine Verdoppelung. Wir lesen keine Gründe, es wurde anscheinend nicht analysiert, wir fänden es wichtig, dass das noch getan wird.

Dann weitere Punkte, die unser Bericht behandelt, da weise ich einfach kurz darauf hin, das sind die Kapitel 2.4 und folgende. Insgesamt, glaube ich, kann man die Situation so zusammenfassen, die Tendenz ist leider in die falsche Richtung aus Sicht der UVEK, der Lärm hat wieder sehr stark zugenommen, in gewissen Zeiten sind es sogar Höchststände. Das ist natürlich eine sehr grosse Belastung für die Bevölkerung, es ist eine Einbusse in der Lebensqualität, es ist aber auch eine negative Auswirkung auf die Gesundheit. Alles in allem eine unbefriedigende Situation. Die Bevölkerung leidet, es gibt leider keine echten Fortschritte, Massnahmen, die seit längerem im Gespräch sind, sind leider immer noch nicht umgesetzt. Es ist kompliziert, das ist uns auch bewusst, wir würden uns aber wünschen, dass es schneller vorwärtsgeht, dass man Massnahmen nun endlich umsetzt, die seit längerem im Gespräch sind, und dass man den Spielraum ausschöpft, den man hat, um den Lärm zu reduzieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort für den Regierungsrat an Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Beim Thema Fluglärm wurden gewisse Fortschritte vor allem in der zweiten Nachtstunde erzielt in der letzten Zeit, aber der Regierungsrat ist nicht zufrieden mit der Lärmsituation, wie sie sich heute ausgestaltet am EAP und ich verstehe deshalb auch die meisten Punkte der Kritik der Kommission an der momentanen Situation. Die Vertreterinnen und Vertreter des Regierungsrats setzen sich ein, dass dieser Lärmschutz auch beim Flughafen verbessert wird.

Die Situation ist ziemlich komplex in diesem Gebilde. Wir haben die französische Flugsicherung, die französischen Behörden, die zuständig sind über die Abflüge und die Regelungen, die berufen sich auf französisches Recht und auf EU-Recht, die relativ viele Vorgaben machen, was möglich ist und vor allem was auch nicht möglich ist. Für den Lärmschutz auf Schweizer Seite ist der Bund zuständig, nicht der Kanton und beim Bund ist das das BAZL, und dann gibt es noch den Flughafen als handelnde Behörde, als Infrastrukturbereitstellerin, wo der Kanton Basel-Stadt im Verwaltungsrat auch vertreten ist mit vier Mitgliedern von insgesamt 16. Das ist die Ausgangslage, in der es zu handeln gibt und das Beste in Sachen Lärmschutz einerseits und auch für die Funktionsfähigkeit des Flughafens herauszuholen.

Beim Ziel in der Nachtstunde, da wurde ein guter Schritt gemacht mit der Regelung, dass geplanten Starts nach 23 Uhr verboten sind, aber, und das sieht der Regierungsrat gleich, dass diese 23 Uhr sich auf das block off und nicht auf das take off bezieht. Das ist nicht verständlich aus der Lärmsicht und ist nicht verständlich aus Sicht der Anwohnerinnen und Anwohner, weil wenn man sagt, nach 23 Uhr gibt es keine Starts und dann findet trotzdem einer statt ganz normal geplant um 23:15 Uhr, weil der um 22:59 den Block verlassen hat, dann ist das nicht zufriedenstellend. Da ist die Forderung von unserer Seite auch, dass hier die Methodik geändert wird. Das müsste die französische Flugbehörde anpassen und ändern.

Was kann man sonst machen, um die Nachtstunden zu entlasten. Das ist das finanzielle Incentive, also indem die Gebühren für Starts in den Nachtstunden und vor allem für lärmige Maschinen deutlich erhöht wurden, das wird eine Wirkung haben. Die andere Sache ist auch, dass der Flughafen gemeinsam mit den Fluggesellschaften sucht, dass die Flugpläne so angepasst werden, dass ebendiese block off-Zeiten möglichst vor 10:45 Uhr geschehen, um dann sozusagen halt auf freiwilliger Basis dazu zu kommen, dass die take off-Zeit dann vor 23:00 Uhr geschieht. Das sind die Möglichkeiten, die der EAP gemeinsam mit den Fluggesellschaften am Ergreifen ist.

Zu den Südlandungen, es wurde erwähnt, da ist die Regelung relativ klar aus Sicherheitssicht, aus EU und französischer Sicht mit dieser Fünf-Knotenregelung. Das ist abhängig von der Windstärke, diese ist weder von der französischen Behörde noch durch uns beeinflussbar und die Behörde, die handelt dann relativ strikt nach diese Regel und das führt bei den momentanen Windverhältnissen, die sich in unseren Mikrokosmos auch verändert haben und auch nicht so planbar sind, aber das führt dazu, dass die Südlandung über dieser angestrebten Zielquote ist, wie sie eigentlich festgelegt wäre.

Dann noch zu den Immissionsgrenzwerten, wie sie im Sachplan Infrastruktur Luftfahrt festgehalten sind. Dort ist dann das BAZL zuständig. Da wurde jetzt eine Überschreitung in einem Jahr festgestellt, nicht über Basel, aber über Allschwil und Schönenbuch und das ist nicht akzeptabel, dass diese Immissionsgrenzwerte überschritten sind. Da ist das BAZL gefordert. Die Regel ist da aber ein bisschen mit einem time-lag, dass die wirklichen Handlungen erst kommen, wenn drei Jahre hintereinander diese Immissionsgrenzwerte überschritten sind. Aber da ist unsere Forderung, dass der Flughafen und auch das BAZL die Massnahmen ergreifen muss, dass diese Immissionsgrenzwerte des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt wieder eingehalten werden.



Dann noch eine Bemerkung zu den Investitionen, weil die auch erwähnt wurden im Bericht der UVEK. Aus Sicht des Verwaltungsrates, und das ist auch in der Strategie festgehalten, dienen Investitionen, die getätigt werden, zur Gewährleistung der Sicherheit einerseits und zur Verbesserung der Servicequalität andererseits. Das primäre Ziel ist dabei nie die Kapazitätserweiterung. Ganz trennbar ist das nicht, aber dieser Grundsatz ist klar, Investitionen fokussieren auf Sicherheit und Servicequalität und nicht auf die Kapazitätserweiterung.

Ich möchte der UVEK danken für die Diskussion, auch das kritische Begleiten der Lärmsituation am Flughafen und möchte Sie bitten, diesen Bericht, eigentlich geht es ja um den Bericht der Fluglärnkommision der beiden Kantone, so zur Kenntnis zu nehmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Jérôme Thiriet für das GAB eingetragen.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Jetzt ist genau das passiert, als ich gerade nicht am Platz war, der Computer ist abgestürzt, das heisst, ich habe kein Votum mehr, aber ich kann das auch frei halten.

Es ist wenig überraschend, dass das Grün-Alternative Bündnis nicht der grösste Fan des Flugverkehrs ist. Es ist kein ökologischer Verkehrsträger und er ist zudem noch laut. Von dem her ist es für das GAB ziemlich einfach, je weniger Flugverkehr wir haben, desto besser können wir unser Klimaziel, 1,5 Grad-Ziel erreichen und desto weniger ist die Bevölkerung von Lärm betroffen. Jetzt hatten wir ja in der Pandemie einen sehr grossen Rückgang der Flugbewegungen und wir von den Grünen haben uns dann eigentlich gefreut, weil unsere politischen Bemühungen zur Reduktion des Flugverkehrs eingetroffen sind und somit auch der Fluglärm am EuroAirport zurückgegangen ist und allgemein die ökologischen Belastungen. Wir sind dann einigermassen naiv gewesen und haben gedacht, vielleicht gibt das ein Umdenken bei den Leuten, vielleicht können mehr Business Meetings online gemacht werden, es braucht die Businessflüge nicht mehr. Vielleicht merken die Leute, dass auch Ferien im nahen Europa, die man mit dem Zug erreichen kann oder auch Geschäftsreisen mit dem Zug möglich sind und dadurch eigentlich der Flugverkehr längerfristig reduziert werden kann.

Wenn man den Bericht gehört hat, der der Präsident der UVEK vorgelesen hat, ist das leider überhaupt nicht eingetroffen. Wir sind eigentlich wieder beim Flugverkehr vor der Pandemie und wir haben auch gehört an, dass das grösstenteils auch die Nachtstunden, wo wir eigentlich nicht wollen, dass es Flugverkehr hat und nicht wollen, dass es Lärmbelastungen hat, betrifft, nämlich zwischen 10 und 12 Uhr abends und zwischen 5 und 6 Uhr morgens, wo viel mehr Starts und Landungen reingedrückt werden, wenn es irgendwo Verzögerungen gibt. Das liegt zu einem grossen Teil auch am Geschäftsmodell von diesen Billigfluggesellschaften, dass die nämlich ihre Rotationen machen, vier am Tag, so dass sie eigentlich immer wieder ihr Flugzeug von Base zu Base verschieben und damit auch immer wieder an diesen Nachtzeiten ritzen.

Wir vom Grün-Alternativen Bündnis sind überhaupt kein Fan von Billigfluggesellschaften. Wir setzen uns für Umweltschutz und auch für weniger Lärmbelastung ein und haben viel lieber eine ruhige Nacht, als für zwei Rappen nach Berlin fliegen zu können. Insofern ist unser grosser Appell an den Flughafen, dass sie sich jetzt vehement dafür einsetzen, dass in den Nachtstunden, vor allem in den Nachtstunden, nicht mehr Flugbewegungen kommen, dass dort mehr der Hebel angesetzt wird. Wir haben es gehört, die block off und take off-Methoden, dass man dort einen Hebel ansetzen kann und dass der Flughafen vielleicht in der Pflicht ist, die Bemühungen umzusetzen, dass zwischen 10 und 12 Uhr abends und zwischen 5 und 6 Uhr morgens keine Lärmbelastung mehr da ist. Wir sind das der Bevölkerung, die im Umfeld des Flughafens wohnt, schuldig. Die Lärmbelastung führt nicht nur dazu, dass man nicht schlafen kann, sondern es ist effektiv auch nachgewiesenermassen gesundheitsschädlich.

Wir sehen natürlich auch die Vertreter/Vertreterinnen des Kantons im Verwaltungsrat dort in der Pflicht und bitten wirklich alles Mögliche zu tun, dass wir unsere Menschen, die im Flughafengebiet wohnen, schützen können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von David Jenny an? Sie wird angenommen. David Jenny hat das Wort.

*David Jenny (FDP):* Gibt es eine gewisse grüne Lärm-Doppelmoral, Fluglärm schlecht, Mediterranisierungslärm gut in Basel?

*Jérôme Thiriet (GAB):* Meines Wissens sind auch Mitglieder des Grün-Alternativen Bündnisses sehr stark gegen den Mediterranisierungslärm.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich wollte mich eigentlich nicht äussern, aber ich muss hier schon sagen, diese Flughafendiskussion beelendet mich schon etwas. Nehmen Sie doch einfach einmal zur Kenntnis, dass Fliegen und Reisen ein Bedürfnis ist bei der Bevölkerung, gerade bei der jungen Bevölkerung. Die 18- bis 30-Jährigen, die fliegen am meisten und die konsumieren auch diese Billigflugangebote. Es ist nicht diese Klimajugend mit dieser unsäglichen Greta, die eine Mehrheit hat in diesem Bereich, es sind diese Menschen, die finden, dass Fliegen ein Bedürfnis ist. Das kann man noch so lange kritisieren in so einem Bericht, aber schlussendlich kritisieren Sie die eigene Bevölkerung. Und auch wenn wir auf die Frachtflüge schauen, auch Onlineshopping ist ein Bedürfnis, auch das kann man kritisieren, aber schlussendlich wird halt einfach konsumiert und dementsprechend können wir jedes Jahr hier einen derartigen Bericht verabschieden und sagen, ja, die Flugzahlen sind zu hoch.

Es ist ja auch so, dass die Bevölkerung das CO<sub>2</sub> -Gesetz abgelehnt hat mit einer Ticketabgabe. Also auch dort politisieren Sie an der Bevölkerung vorbei, wenn Sie diese einfach einseitig kritisieren. Und man sieht ja auch, die ganzen Klima-Ikonen sind dann die ersten, die nach Mexiko fliegen oder ein Formel 1-Rennen besuchen, also auch hier ist eigentlich die Heuchlerei relativ gross. Also hier zu tun, als müssten wir jetzt diesen Flughafen bekämpfen, als seien wir alle kein Fan von diesem Flughafen, das ist doch eine pure Heuchlerei.

Und auch wenn ich jetzt diesen UVEK-Bericht mir anschau und wir jetzt hier eine Studie in Auftrag geben wollen, was für Produkte jetzt notwendig sind, zu welcher Zeit nach Basel geflogen kommen, ja auch hier, wir können das schon machen, eine derartige Studie in Auftrag geben. Aber erstens kann die Schweiz oder auch der Kanton Basel-Stadt Daten vom EuroAirport gar nicht erst erheben, für das haben wir gar keine rechtliche Grundlage und zweitens wird das auch an der Situation nichts ändern, weil der Flughafen ja auf französischem Boden ist. Also dementsprechend, wir vergeben uns hier relativ viel. Wir machen sehr viel Aufwand bei diesem Bericht, aber schlussendlich ist es doch einfach ein Abbild der Bevölkerung, welche gerne fliegt, welche gerne reist, welche Onlineshopping betreibt und das ist einfach die Realität. Da können wir uns noch so oft aufregen und sagen, wir sind nicht Fan von diesem Flughafen, es ist ein Bedürfnis der Bevölkerung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lydia Isler-Christ an? Sie wird angenommen.

*Lydia Isler-Christ (LDP):* Pascal Messerli, Sie reden von Heuchlerei. Wie möchten Sie das den Anwohnern erklären? Ich gebe zu, ich gehöre auch zu diesen Anwohnern, es hat sehr viele Anwohner und ja, es hat sich geändert, weil die Leute heute mobil sind, weil sie online bestellen, trotzdem bin ich der Meinung, man muss auch die Bevölkerung dort schützen, die die Nacht durch gestört ist durch den Lärm. Wie erklären Sie das diesen?

*Pascal Messerli (SVP):* Der Regierungsrat hat gesagt, er möchte sich einbringen, aber hier generell dieses Flughafen-Bashing ist Heuchlerei, weil er kann Ihnen ganz gerne die Statistik zeigen und dort sieht man halt einfach, dass Flüge zunehmen, weil es ein Bedürfnis in der Bevölkerung ist. Wahrscheinlich auch in der Bevölkerung, welche in der Nähe des Flughafens wohnt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Und wieder befinden wir uns also am Punkt, wo wir über einen Fluglärmbericht in diesem Saal debattieren, und wieder ist es mir ein echtes Bedürfnis, dazu ein paar Worte zu sagen. Der Flughafenbetrieb wird von vielen immer wieder als wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Region gepriesen. Auch wir wissen, dass das aus wirtschaftlicher Sicht ein Standortfaktor ist, der hilft. Wir von der SP, wir verschliessen trotzdem nicht die Augen davor, dass jene, die rund um den Flughafen wohnen, einer extremen Lärmbelastung ausgesetzt sind und diese Lärmbelastung, die schadet ihrer Gesundheit und sie schadet ihrer Lebensqualität und das sind Fakten. Entsprechend empfinden wir die euphorischen Formulierungen im Fluglärmbericht, wo von einer Erholung und einer Wiedererstarkung des Flugverkehrs die Rede ist, auch ein bisschen als Affront gegenüber jenen, die sich in Punkto Lärmbelastung den Lockdown zurückwünschen. Aber dies mehr so nebenbei.

Es ist uns wichtig, die Thematik im Kontext der Jahre anzusehen. Wir haben viele Jahre dafür gekämpft und wir tun es auch weiterhin, dass ein nächtliches Flugverbot umgesetzt wird. Aus Sicht der SP müsste es eine Nachtflugsperrung von 23 bis 6 Uhr geben. Dabei bleiben wir. Vielleicht erinnern Sie sich, vor gut zwei Jahren wurde eingeführt, dass geplante Starts ab 23 Uhr nicht mehr erlaubt sind. Als wir im Juni 2022 hier den Fluglärmbericht verabschiedeten, zeigte sich schon, dass es in den ersten zwei Monaten nach Inkrafttreten dieser Massnahme, die Disziplin noch einigermassen vorhanden waren und dass sie



dann rapide abnahm. Ausnahmegewilligungen nahmen zu und es kam dazu, dass es eben dann doch wieder ganz regelmässig Starts nach 23 Uhr gab. Gerne zeige ich Ihnen nun kurz die Statistik der Starts zwischen 23 Uhr und 5 Uhr morgens in den letzten 12 Monaten. Sie sehen es, ich weiss übrigens nicht, warum die Monate Februar, März und April nicht verfügbar sind im Tool, das ist ja online zugänglich, so oder so, man sieht es einfach, von keinen Starts kann einfach keine Rede sein. Ich finde das schwierig.

Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass das, was Sie hier sehen in der Statistik, das waren eben erst die Starts, dazu kommen noch die Landungen, die weiterhin nicht verboten sind und da zeigt sich eben dann doch auch noch ein anderes Bild, das wirklich alarmierend ist. Ich zitiere aus dem Bericht zum Jahr 2022: Die gemessenen Fluglärmwerte zwischen 23 und 24 Uhr waren höher als im Jahr 2021 und erreichten das Niveau der Jahre vor der Coronakrise. Und diese Jahre vor der Coronakrise, das waren die Jahre, als es noch geplante Starts nach 23 Uhr gab und die Tendenz ist steigend. Das kann doch einfach nicht sein, das ist ein Hohn. Der gewünschte Effekt einer Reduktion der Lärmbelastung in der sogenannten zweiten Nachtstunde, also eben zwischen 23 und 24 Uhr, ist nicht eingetreten. Die Menschen haben also tatsächlich eine höhere Belastung. Da ist dann einfach der Applaus für dieses eingeführte Startverbot ein bisschen unangebracht. Sowohl die Fluglärmkommission als auch die Regierung kritisieren dies deutlich und wir sind froh, dass das geschehen ist und wir bedanken uns auch für diese deutliche explizite Kritik.

Zu erwähnen ist noch, dass als Start eines Flugzeuges der Moment gilt, indem die Maschine vom Gate weggeht, ich glaube, Raphael Fuhrer hat es vorher auch erwähnt, also nicht der eigentliche Start, nicht der Zeitpunkt, wenn der Lärm entsteht. Das ist halt einfach auch so wirklich absurd, entsprechend wäre wohl, wenn man eine Lärmreduktion ab 23 Uhr wirklich erreichen möchte, ein Startverbot ab 22:30 Uhr das richtige Mittel und ein ehrlicheres Mittel. Eigentlich könnte man sagen, soweit so bekannt, aber wir finden es halt wirklich wichtig, dass diese falsche Entwicklung und diese Nichterreichung der definierten Ziele nicht einfach hingenommen wird. Wir schulden dies den betroffenen Anwohnern. Jetzt schaue ich extra Lydia Isler-Christ an.

Dann noch ein paar Worte zu einem anderen Thema. Von Seite, ich nenne es mal, von der Flugverkehrslobby wird gerne betont, nicht heute jetzt hier, aber man hört es immer wieder, dass die Zunahme des Flugverkehrs wesentlich im Onlineshopping zu suchen sei und alle diese Flugzeuge dann eben von heute auf morgen Billigware liefern, die auch jene bestellt haben, die die Zunahme des Flugverkehrs kritisieren. Nun, wir haben in der UVEK zu erörtern versucht, was da dran ist. Es wurde uns berichtet, dass darüber diskutiert werde, wie Expressfrachtflüge in lärmintensiven Stunden reduziert werden könnten. Das freute uns. Sie können dem Bericht der UVEK entnehmen, dass wir über verschiedene Arten der Expressfracht diskutierten. Selbstverständlich sind Expressflüge, die zum Beispiel Blutskonserven bringen und damit Leben retten, anders zu bewerten als solche, die Lieferungen eines gestern bestellten Billigkopfhörers oder eines vorgestern bestellten Fake Markenturnschuhs sind. Das wäre dann nicht Express im Sinne der Erfinderin und des Erfinders, diese Güter müssen auch nicht hergeflogen werden meiner Meinung nach. Aber zurück zur Expressfrage. Wir stellen fest, dass es keine Zahlen hierzu gibt. Wir wissen also nicht, wie viel Lärm durch Flüge für Paketlieferungen des gern gescholtenen Billig-Online-Handels entsteht und ob es da tatsächlich einen Hebel gäbe.

Der Regierungsrat wird nun darum gebeten, eine Untersuchung der Zusammensetzung der Fracht zu verschiedenen Tageszeiten zu machen, weil es einer Versachlichung der Diskussion dient. Sie können es dem Kommissionsbericht entnehmen, dieser Entscheid fiel maximal knapp aus. Es dünkt mich etwas erstaunlich, dass es nicht im Interesse aller ist, die Diskussion über die Zunahme des Flugverkehrs und die guten und weniger guten Gründe dafür zu versachlichen, denn genau darum geht es bei dieser kleinen Anregung. Wir verstehen nach wie vor nicht, wie man dagegen sein kann, eigentlich ist der einzige plausible Grund für die Ablehnung, dass man lieber weiter polemisiert und die viel zu hohe Fluglärmbelastung, die der Gesundheit unserer Bevölkerung schadet, zumindest teilweise dem Online-Handel in die Schuhe schiebt, ohne zu wissen, ob es in diesem Bereich tatsächlich einen Hebel gäbe. Zum Glück gab es dank Stichentscheid eine Mehrheit. Wir sind gespannt auf die Zahlen und wollen gern die Möglichkeiten einer Reduktion der Lärmbelastung anhand zusätzlicher Fakten sachlich diskutieren, auch künftig.

Der Verabschiedung oder der Kenntnissnahme des Berichts stimmen wir zu.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Lisa Mathys, es sind zwei Zwischenfragen im Anflug. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen. Zuerst Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Lisa Mathys, Sie haben diese dramatische Grafik hier gezeigt. Finden Sie es nicht auch angebracht darauf hinzuweisen, dass die dunkelgrüne Fläche praktisch ausschliesslich Rega-Flüge sind oder fordern Sie ein Nachtflugverbot für die Rega?

*Lisa Mathys (SP):* Wir haben die Zahlen genau analysiert und wir haben gesehen, dass es sehr viele Ausnahmegewilligungen gab, diese eben zugenommen haben, auch im ganzen Bereich der verschiedenen Flugarten.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die zweite Frage kommt von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Lisa Mathys, haben Menschen denn kein Recht nach Hause zu kommen, wenn sich ein Flugzeug verspätet, sollen die einfach irgendwo verstranden?

*Lisa Mathys (SP):* Es gibt ein Verbot für geplante Starts, das schon nicht umgesetzt wird, und ich frage Sie, haben die Menschen, die jeden Tag in Basel schlafen, nicht das Recht auf Gesundheit?

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für ein Einzelvotum hat sich Lorenz Amiet gemeldet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Ich habe nicht geplant, mich zu dieser Herzensangelegenheit von mir selbst zu äussern. Die Debatte geht aber doch in eine Richtung, die es verlangt, dass man einige Dinge ein bisschen richtigstellt. Horribile dictu, ich bin vor zwei Stunden in Basel gelandet, zurückgefliegen aus dem Ausland geschäftlich bedingt und ich war froh, dass ich hier landen konnte und relativ rasch in die Sitzung kommen konnte.

Wenn wir vom Fluglärm sprechen, sprechen wir einerseits von Inzidenz, der Häufigkeit, und andererseits von der Intensität, also von der Dezibel der einzelnen Flugzeuge. Es ist richtig, dass die Inzidenz deutlich wieder zugenommen hat seit der Pandemie, wir haben deutlich mehr Flugverkehr wieder, was wir bis jetzt nicht diskutiert haben, ist aber, dass die Intensität pro Ereignis, also pro Start und pro Landung Jahr für Jahr abnimmt und das ist der Technologie geschuldet.

Fraktionskollege Pascal Messerli hat in seinen Bericht schon darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung fliegen will. Ich möchte das einfach noch ergänzen um den Hinweis, welcher Teil der Bevölkerung das ist. Die Destination Nummer 1 ab dem EuroAirport ist Pristina. Das sind nicht Ferienflüge, das sind schon gar nicht Geschäftsflüge, sondern das sind sogenannte Family & Friends-Flüge. Also das ist ganz sicher ein Bedürfnis für die Bevölkerung und wahrscheinlich nicht die Bevölkerung von Ammel.

Zu den Blockzeiten. Viel Glück dabei, den französischen Behörden sagen zu wollen, wie Sie die Start- und Landezeiten in Basel am EuroAirport gemessen haben wollen. Das ist französische Verordnung, welche auf europäischem, also auf EU-Verordnungen der EASA basiert und die haben wahrscheinlich nicht das Bedürfnis, diese Verordnungen einfach wegen dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt anzupassen. Die Blockzeiten, die sind weltweit Usanz beim Bemessen von Starts und Landungen. Wenn Sie einen Flug buchen, ist die Zeit auf dem Flugplan und auf dem Ticket auch nicht die Zeit, wann das Flugzeug abhebt oder die Piste berührt, sondern die Zeit, wann das Flugzeug vom Gate zurückgestossen wird beziehungsweise die Tür geschlossen wird.

Dann zum Vorwurf, die Disziplin nehme ab betreffend die verspäteten Abflüge. Die nimmt hinten und vorne nicht ab. Es wurde erwähnt, die Bussen, die die Airlines bekommen, wenn sie verschuldetermassen Verspätungen haben, und verschuldetermassen heisst auch Flugplanprobleme, heisst auch technische Probleme, die sind saftig. Die sind so saftig, dass ein normaler Flug nicht rentabel durchführbar ist, wenn das Flugzeug zu spät startet. Das hat bereits Auswirkungen gezeigt, die Airlines haben bereits Flugpläne angepasst, um mehr Reserve zu haben. Also man kann überhaupt nicht behaupten, die Disziplin nehme ab, das ist ein Trend, der Trend wird sicher noch etwas mehr Zeit brauchen.

Zum Thema Low Cost, das easyJet-Bashing, das wir gehört haben. Die easyJet flottet ständig zusätzliche, moderne, neuere, leisere Flugzeuge ein, insbesondere den Airbus A320neo. Das Flugzeug ist 40 Prozent leiser als der Vorgänger. Das braucht seine Zeit, bis die ganze Flotte umgestellt ist, das wird noch ein paar Jahre dauern, das ist so, aber insbesondere die easyJet kümmert sich sehr stark um das Thema Lärmproduktion.

Abschliessend noch zum Thema Frachtverkehr. Man kann selbstverständlich hier eine Studie in Auftrag geben, ein paar Experten damit beschäftigen, warum nicht. Schauen wir uns den Frachtflugverkehr in Basel an. Das ist dreigeteilt. Erstens gibt Charterfrachtflüge, die fliegen immer während der Arbeitszeit an und ab, weil sonst die Kosten viel höher sind und die sind nie absolut zeitkritisch. Dann gibt es die nur Frachter oder Block-Space-Frachter, ich habe im Flugplan nachgeschaut, die fliegen alle zu Bürozeiten an oder ab, da gibt es keine zu den Randstunden. Was es bei den Randstunden gibt, sind die Expressfrachter, Fedex, DHL und ASL, diese drei Gesellschaften. Das Businessmodell ist einfach, bei Arbeitsschluss sammelt man die Päckchen ein, bringt sie zum Airport, belädt das Flugzeug und fliegt ab, geht zum Hub, verteilt es und bringt die anderen Päckchen zurück, landet vor Bürobeginn am Morgen, dass die Leute in Basel die Päckchen wieder haben, wenn sie zur Arbeit kommen. Anders funktioniert dieses Modell nicht. Jetzt kann man schon schauen, wie viele dieser



Päckchen sind zeitkritisch und wie viele nicht. Das Beste, was Sie dann erreichen, ist, dass diese Airlines zwei statt einen Flug nach Basel haben. Auf den Flug zu den Randseiten können Sie nicht verzichten.

Nehmen Sie bitte diese Dinge zur Kenntnis, wenn Sie über Fluglärm diskutieren. Ich danke Ihnen dafür.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch bei Ihnen liegen zwei Zwischenfragen vor, die angenommen werden. Zuerst Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Danke, dass Sie Gegenrecht walten lassen. Sie haben gesagt, die Ereignisse seien weniger laut, die einzelnen. Aber Sie haben gehört, was ich zitiert habe aus dem Bericht: Die gemessenen Fluglärmwerte zwischen 23 und 24 Uhr sind höher und so hoch wie vor der Coronakrise. Können Sie da auf einzelne Ereignisse, die weniger laut sind, verweisen, wenn der gesamte Lärm einfach deutlich höher ist?

*Lorenz Amiet (SVP):* Die Zahl, auf die Sie sich beziehen, ist die Kumulation der beiden Faktoren, wie viele Flugzeuge und wie laut sind die Flugzeuge. Die Kumulation hat zugenommen, aber das einzelne Ereignis, der einzelne Start ist leiser als vor der Pandemie im Schnitt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die zweite Frage kommt von Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Was habe ich davon, wenn der EuroAirport Bussen kassiert, als Anwohnerin, die nicht schlafen kann?

*Lorenz Amiet (SVP):* Die Bussen haben den Zweck, als Druckmittel dafür zu sorgen, dass die Airlines dieses Verbot für geplante Starts ab 23 Uhr strikt einhalten und dieser Mechanismus funktioniert, das zeigen die Zahlen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen in der zweiten Runde zu Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Kommissionspräsident Raphael Fuhrer verzichtet ebenfalls.

Sie haben den Bericht damit zur Kenntnis genommen.

## **17. Motion 1 Joël Thüring und Consorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen**

[16.05.24 17:30:17, 24.5096.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Aufgrund des «Chrüzlistiches» gehe ich davon aus, dass wir diese Motion überweisen werden. Ich möchte Ihnen trotzdem kurz darlegen, warum die SP sie nicht überweisen will.

Grundsätzlich finden wir, wird hier ein neues System gefordert für etwas, wo es kein neues System braucht, sondern eine bessere Kommunikation und bessere Hinweise, wie man diese Wahlen durchführen soll als Bürgerinnen und Bürger. Zudem ist es, und ich erlaube mir jetzt hier auch noch eine formalistische Kritik, einfach keine Motion, sondern ein Anzug. Aus meiner Sicht verstehe ich überhaupt nicht, warum das hier als Motion eingereicht werden muss, aber das kann der Motionär vielleicht nachher noch schnell erklären.

Und dann stellt sich auch noch die Frage, es wird ja als Option skizziert, dass die Stimmbevölkerung künftig die Wahlzettel handschriftlich ausfüllen soll und ich frage mich wirklich, ob das die Niederschwelligkeit und den Wunsch nach hoher



Stimmbeteiligung, den wir hier drin, glaube ich, alle haben, wirklich verbessert. Ich glaube, es ist der falsche Ansatz. Auch die Wahlzettel zu trennen, finde ich wirklich den falschen Ansatz. Ich finde es viel zielführender, dass man sich überlegt, wie kann man die Wahlunterlagen dermassen gestalten, dass sie die Niederschwelligkeit verbessern, dass sie anschlussfähiger sind, und dafür braucht es kein neues System, sondern eine bessere Formulierung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Joël Thüring, der Motionär das Wort.

*Joël Thüring (SVP):* Vielen Dank an Beda Baumgartner für seine Worte. Vielleicht zur Frage des Instruments. Ich fordere Massnahmen innerhalb eines Jahres, das kann man mit dem Anzug nicht, deshalb, glaube ich, ist die Motion das geeignete Mittel dazu. Sie haben natürlich recht, es ist jetzt auch mir noch nicht ganz klar, welches am Schluss dann die geeignetste Variante ist, aber es ist doch eindeutig und klar, dass mit dem jetzigen System die Anzahl ungültiger Stimmen eindeutig zu hoch ist. Das haben wir gesehen bei der Ersatzwahl vom März, als wir verschiedene Kandidaten hatten, die sowohl für den Regierungsrat als auch das Regierungspräsidium kandidiert haben. Währenddem bei den Regierungsratswahlen nur 230 Stimmen ungültig waren, waren es für das Regierungspräsidium sechs Mal mehr, also fast 1'500 Stimmen. Diese 1'500 Stimmen waren jetzt nicht ausschlaggebend, aber es kann in einem Fall einmal so sein, dass gerade diese Zahl der ungültigen Stimmen matchentscheidend ist, um den einen oder den anderen Kandidaten dann eben nicht ins Amt zu wählen und das finde ich demokratiepolitisch sehr schwierig.

Jetzt kann man sagen, wie Beda Baumgartner, wir probieren es mit besserer Kommunikation. Das ist ein Ansatz, den die Staatskanzlei ja schon seit einigen Jahren versucht und es ist auch kein Vorwurf an die Staatskanzlei, aber wir sehen, dass seit dieser Einführung im 2016, auch mit diesem Regierungspräsidium und dann diesen Wahlzetteln mit den Kreuzen eben die Zahl der ungültigen Stimmen weiterhin sehr hoch ist. 2016 waren es 3'000 ungültige Stimmen, das ist enorm viel, 3'000 ungültige Stimmen, es waren aber auch 2020 immer noch fast 1'600. Und die Zahl ist, wenn man es vergleicht in den letzten Jahren, nicht signifikant gesunken und die Kommunikationsmassnahmen seitens der Regierung oder der Staatskanzlei haben aber seither deutlich zugenommen. Ich würde sogar behaupten, ich weiss nicht, wie es bei der SP ist, das weiss Beda Baumgartner sicher besser, aber zumindest auch bei meiner Partei und bei vielen anderen Parteien ist es ja so, dass das korrekte Ausfüllen des Wahlzettels zwischenzeitlich auch wirklich Bestandteil der Wahlpropaganda ist, um eben auch sicherzustellen, dass möglichst wenige Stimmen ungültig sind und trotzdem ist die Zahl der ungültigen Stimmen zu hoch.

Das Argument, dass man dann allenfalls Leute davon abhält zu wählen, das mag vielleicht bis zu einem gewissen Grad sogar stichhaltig sein, nur, wenn wir in andere Kantone schauen, dann müssen wir einfach feststellen, dort ist die Wahlbeteiligung weder höher noch tiefer, aber das System ein anderes. Es gibt sogar Kantone, wo man nicht einmal weiss, wer kandidiert, wenn man das Wahlkuvert bekommt, da muss man die Namen selber aufschreiben, weil es nirgends vorgegeben ist, wer der Kandidat ist. Also auch das gibt es und überall dort sind die Zahlen der ungültigen Stimmen weitaus tiefer, deshalb, glaube ich, ist es richtig, wenn sich der Regierungsrat Gedanken dazu macht, welche anderen Möglichkeiten es gibt, diese doch deutlich hohe Zahl an ungültigen Stimmen zu reduzieren. In diesem jetzt vorliegenden Fall bei der Regierungsratsersatzwahl 2024 wäre es ja sogar vielleicht so gewesen, dass die hohe Anzahl der ungültigen Stimmen Ihrem Kandidaten, Mustafa Atici oder auch Jérôme Thiriet geschadet hätte, Conradin Cramer nicht, er war ja bereits als amtierender Regierungsrat auf dem Wahlzettel für das Präsidium, Mustafa Atici und Jérôme Thiriet aber nicht.

Ich glaube, es muss in unser allen Interesse sein, dass wir eine möglichst tiefe Anzahl ungültiger Stimmen haben und wenn man sieht, dass dieser Unterschied zwischen Regierungsrat und Regierungspräsidium derart gross ist, dann kann dies nur eben an diesem Wahlzettel liegen und an nichts anderem. Und das Thema der Aktivierung möglichst vieler Wählerinnen und Wähler, also sprich einer hohen Stimmbeteiligung, das ist etwas, was wir unabhängig davon natürlich alle anstreben müssen. Ich bitte Sie deshalb, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Joël Thüring, Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Joël Thüring, ich wollte eigentlich nicht mehr reden, aber die Frage ist, im Text haben Sie mich vergessen. Sie haben geschrieben, Nicht-Regierungsräte sind Jérôme Thiriet und Luca Urgese, beide haben kandidiert und darum ist es kompliziert, aber Sie haben mich bei der Aufzählung dort vergessen. Können Sie das bitte bestätigen?

*Joël Thüring (SVP):* Ja, Nobody is perfect.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**58 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003515, 16.05.24 17:38:00]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 58 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## **18. Motion 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche**

[16.05.24 17:38:06, 24.5110.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Motion stellt fest, dass die soziale Mobilität stagniert und migrierte Jugendliche weiterhin geringere Chancen haben als junge Schweizerinnen und Schweizer ohne Migrationshintergrund. Solche Ungleichheiten sind inakzeptabel, da sie die Chancengleichheit untergraben. Jeder junge Mensch sollte unabhängig von seiner Herkunft dieselben Erfolgchancen in unserer Gesellschaft haben.

Jedoch stützt sich dieser Vorstoss auf die spezifische Ausgangslage in Zürich. Das Trainingsprogramm ChagALL bereitet talentierten Jugendliche mit Migrationshintergrund, aus sozioökonomischen benachteiligten Familien gezielt auf die zentrale Aufnahmeprüfung vor und begleitet sie darüber hinaus auf ihrem weiteren Bildungsweg. Das Programm steht in engem Zusammenhang mit der Dauerdiskussion in Zürich, dass Kinder aus wohlhabenden Familien durch teure Vorbereitungskurse bessere Bildungschancen haben, während einkommensschwache Familien diese nicht finanzieren können.

Basel hingegen verfügt über den etablierten Qualifikationsweg für Bildungslaufbahnen, die sich anhand von Semesterzeugnissen bemisst. Im Weiteren ist unklar, auf welche Vorbereitungsprogramme und welche Aufnahmeprüfung man in Basel fokussieren soll, da nur Schülerinnen und Schüler, die keine weiterführende Schule einschliesslich Berufsschule durch Erzeugnis erreichen, diese Prüfungen benötigen. Zudem wäre ein selektives Auswahlverfahren nötig, das nach GLP-Meinung die Chancengerechtigkeit nicht unterstützt.

Wir Grünliberalen stehen der Frage grundsätzlich sehr kritisch gegenüber, ob Aufnahmeprüfungen eine sinnvolle Ergänzung darstellen. Diese fördern fokussiert ein Teaching zu den Tests und tragen selten zur nachhaltigen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler bei. Unsere Sekundarschulen bieten bereits Förderprogramme an, die allen talentierten Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, zugänglich sind. Die weiterführenden Mittelschulen haben ebenfalls die Möglichkeit, Projekte und Förderprogramme zu etablieren, die bereits heute umgesetzt werden können. Ein gutes Beispiel ist in der Motion aufgeführt. Um ihr Ziel die Berufsmatura zu erreichen, erhalten benachteiligte Jugendliche zusätzlich zum regulären Unterricht Förderstunden von Lehrkräften und ehemaligen Studierenden der Pädagogischen Hochschule, um ihre fachlichen Fähigkeiten und individuellen Handlungskompetenzen zu stärken.



Die Grünliberalen sehen dann auch die Forderung der Motion nach einer rechtlichen Basis für spezielle Förderprogramme für migrierte Jugendliche in Basel als erfüllt an. Für die GLP steht in dieser Debatte vor allem die Frage im Vordergrund, ob Schulen ihre kompensatorische Rolle wirksam erfüllen und strukturelle Benachteiligungen direkt angehen können, um diese aktiv zu verhindern. In diesem Kontext stellt sich die weitere Frage, wie können wir an Schulen Bedingungen schaffen, die Migrantenkinder zu guten Lernergebnissen führen und den heterogenen Klassen Chancengerechtigkeit fördern, um sozial benachteiligte Kinder den Zugang zu weiterführender Bildung zu ermöglichen. Im Sinne einer effektiven Ressourcenorientierung sollten deshalb prioritär geprüft werden, ob die Schulen der Sekundarschule 1 und 2 über genügend Mittel verfügen, um spezielle Förderprogramme für talentierte Jugendliche zu entwickeln, die aufgrund ihrer persönlichen Umstände verstärkt Unterstützung benötigen.

Die GLP erkennt beispielsweise ein Problem in der aktuellen Bildungslandschaft bei der zunehmenden Betonung auf selbstständiges, selbstorganisiertes Lernen, was besonders herausfordernd ist, wenn Schülerinnen und Schüler zu Hause nicht die nötige Unterstützung erhalten. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die tieferliegenden Ursachen für Chancengleichheit, die auf leistungsfremden Merkmalen basieren, aufzudecken und zu adressieren. Wir vertreten die Ansicht, dass solche Faktoren eindeutig identifiziert und aktiv angegangen werden müssen. In diesem Zusammenhang sollte auch geprüft werden, ob die Ressourcenverteilung und die entsprechenden Förderprogramme tatsächlich den benachteiligten Kinder und Jugendlichen zugutekommen, die sie benötigen.

Diese Motion lehnen wir ab, weil wir überzeugt sind, dass die Förderung von Chancengerechtigkeit nicht durch die Einführung und Stärkung von Aufnahmeprüfungen, wie sie der Vorstoss für Basel vorsieht, erreicht werden kann. Die GLP betrachtet den Qualifikationsweg über Zeugnisse als eine chancengerechtere Methode.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Dass eine Chancengerechtigkeit gewährleistet sein soll, können wir nachvollziehen. Dass ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistung bestehen kann, ist möglich. Dass bescheidene finanzielle Verhältnisse nur für migrierte Schülerinnen und Schüler gelten sollen, nicht aber für solche aus Basel, bezweifeln wir schon eher.

Eine gesetzliche Grundlage für Förderprogramme ausschliesslich für Jugendliche aus bildungssystemfremden Familien schaffen zu wollen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Das Programm der Schule Unterstrass in Zürich als Vorbild zu nehmen, erscheint uns als nicht gegeben, da es sich bei dieser Schule um eine Privatschule handelt, die unter anderem von der reformierten Kirche getragen wird. Wenn also eine Privatschule ihre Spendengelder dafür einsetzt, migrierte Schülerinnen und Schüler zu fördern, ist das ihr eigenes Ziel. Da wir aber mit dieser Motion hier in Basel die öffentlichen Schulen auf Gesetzesebene dazu verpflichtet sollen und dieses Programm aus Steuergeldern finanziert werden müsste, schafft es wiederum eine Ungerechtigkeit den Schweizer Schülerinnen und Schülern in Basel gegenüber. Denn eine Unterstützung in Form von einem Vorbereitungsprogramm für die Aufnahmeprüfungen, für die Probezeit und während der Probezeit können auch einer Anzahl von Schweizer Kindern helfen, den Schritt ins Gymnasium zu machen oder einen erfolgreichen Abschluss in einer weiterführenden Schule zu bewerkstelligen.

Somit können wir hier bei dieser Motion nicht von der geforderten Chancengerechtigkeit und -gleichheit sprechen, sondern es würde wiederum eine spezifische Gruppierung von Schülerinnen und Schülern gegenüber einer anderen unterstützt und bevorzugt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Die Liberaldemokratische Fraktion beantragt, diese Motion nicht zu überweisen. Zu diesem Schluss sind wir aus mehreren Gründen gekommen, an denen ich Sie gerne Teil haben lasse.

Es ist sicherlich gut, sich an anderen Kantonen und Städten ein Vorbild zu nehmen. Diese Motion bildet allerdings das Zürcher Schulsystem und nicht das Basler Schulsystem ab. So gibt es in Basel keine Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium und deshalb auch keine automatisch darauffolgende Probezeit. Eine Forderung, die die Kindergarten ausgenommen, Schuljahre 10 bis 13 tangiert, in der in unserem Schulsystem bereits die Berufslehre aufgenommen wurde oder eine weiterführende Schule besucht wird, macht wenig Sinn. Der Übertritt, ein kritischer Zeitpunkt in der Schullaufbahn, der in der Forderung genannt wird, hat zu diesem Zeitpunkt schon stattgefunden und die Einteilung in diese verschiedenen weiterführenden Schulangebote ist längst erfolgt. Die Erwähnung des 10. Schuljahrs, die die vorliegende Forderung noch irgendwie in einen in unserem Schulsystem abbildenden Kontext drücken würde, fehlt leider.



Um Kindern mit Migrationshintergrund echte Chancengerechtigkeit zu bieten, muss viel früher begonnen werden. Deshalb hat die LDP den Ausbau der Frühförderung massgeblich geprägt und stets für weiterführende Ideen rund um diesen Bereich Hand geboten. Wir haben uns in der Fraktionssitzung auch gefragt, was mit Kindern ist, die keinen Migrationshintergrund haben und zu Hause keine Unterstützung oder mangelnde Beachtung erfahren. Erhalten diese dann auch eine separate Leistungsförderung, weil ihr Umfeld suboptimal für den Lernerfolg ist? Wenn diese keine Unterstützung bei der Entfaltung ihres schulischen Potenzials erhalten, wäre dies indirekt auch diskriminierend, denn gut gemeint ist nicht immer gut gemacht.

Unsere Abklärungen mit dem ED haben folgendes ergeben: Im Rahmen des Ratschlags Integrative Schule werden weitere Massnahmen zur Steigerung der Chancengerechtigkeit evaluiert. Dies allerdings bereits auf Primarstufe, also im Sinne der Frühförderung schon viel vor der hier genannten Forderung. Für die Stufen Sek 1 und Sek 2 wird die Situation aktuell ebenfalls im Rahmen einer Arbeitsgruppe evaluiert mit dem Ziel, diese für alle Jugendlichen mit Förderbedarf zu verbessern. Das ist erfreulich zu hören, denn während Jugendliche mit Migrationshintergrund öfters in ihren Talenten und Begabungen schulisch nicht genug gefördert werden, gibt es auch viele andere Problemstellungen, die das Lernen und schulische Fortkommen erschweren können. Dies eben nicht nur bei Personen mit Migrationshintergrund. Wir sind zuversichtlich, dass die schulnahen und fachlich stark aufgestellten Arbeitsgruppen die Ausgangslage sorgfältig evaluieren und Lösungen präsentieren, die aufs baselstädtische Schulsystem passen.

Es ist der LDP wichtig, dass alle jungen Menschen, die Förderung brauchen, diese auch erhalten. Dies gemäss einem in diesem Kanton nicht angewandten Schulsystem und auf eine besondere Gruppe junger Menschen anzuwenden, entspricht allerdings nicht dem Verständnis einer zielgerichteten und sachlichen Politik, die die LDP betreibt. Wir bitten Sie aus all diesen Gründen, die vorliegende Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir haben noch 12 Minuten plus Nachspielzeit, ich würde gerne dieses Geschäft noch fertig beraten. Nächster Sprecher ist Mahir Kabakci.

*Mahir Kabakci (SP):* Gleiche Chancen in der Bildung ist ein Ziel, das wir als SP sehr stark im Fokus haben und entsprechend setzen wir uns auch dafür ein. Ein weiterer Stützpfiler, der unsere Werte in Bezug auf soziale Gerechtigkeit spiegelt, ist die Gleichstellung unabhängig der Herkunft. So haben wir hier einen für uns exemplarischen Vorstoss, bei dem es um gleiche Chancen für Migrantinnen und Migranten in der Bildung geht. Der wohl aussagekräftigste Satz; Leistungsstarke Jugendliche sollen ihr schulisches Potenzial entfalten können, unabhängig ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, aus der Motion birgt unzählige Biografien, die anders aussehen würden, wenn dieser Satz die Realität abbilden würde. Deshalb fordert der Vorstoss eine gesetzliche Vorbereitung und Unterstützung auf die Zeit nach bestandener Prüfung und differenzierte Aufnahmeverfahren. Wir wissen heute dank zahlreichen Studien, dass der Nachname, das Umfeld und die Herkunft sich auf die Auswertung von Leistungen auswirken. Glauben Sie mir, mit dem Namen Kabakci kenne ich das aus eigener Erfahrung.

Ich verstehe teilweise die Kritik und die angebrachten Punkte. In einem Punkt stimme ich auch zu, dass diese Differenzierung gemacht wird und es gibt selbstverständlich auch leistungsschwache Kinder, die keinen Migrationshintergrund haben. Das ist so und dem stimme ich absolut zu, aber es geht hier um eine Erstüberweisung der Motion. Man muss auch sagen ganz generell, grundsätzlich ist es so, das kann ich aus meiner beruflichen Erfahrung auch bestätigen, dass es häufig Kinder mit Migrationshintergrund oder Jugendliche mit Migrationshintergrund sind, die stark davon betroffen sind, vor allem auch teilweise, was wir nicht vergessen dürfen, es gibt auch eine strukturelle Diskriminierung, sei das bei der Wohnungssuche, sei das bei der Suche nach Arbeit, sei das bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Das ist eine Realität, die wir in der Gesellschaft haben.

Vor allem auch Familien, die bildungsfern sind, wir wissen, dass unzählige Studien zeigen, oder wenn die Elternteile einen akademischen Hintergrund haben, dann ist es oft so, dass die Kinder eine grössere Chance haben, auch einen akademischen Hintergrund zu erwerben. Und oft ist es bei Familien mit Migrationshintergrund so, dass sie entweder als Gastarbeiter in dieses Land kommen oder bildungsfern aufwachsen und somit diese Unterstützung auch zu Hause ihren Kindern nicht anbieten können. Es gibt diese unterschiedlichen Realitäten in der Gesellschaft und ich denke, es ist wichtig, dass wir diese anpacken.

Es gibt gewisse Punkte, wo ich die Kritik teilweise verstehen kann, aber ich denke, der Regierungsrat ist ja auch bereit, die Motion entgegenzunehmen und somit können wir einmal diese Motion die Chance geben für eine Erstüberweisung, damit auch dann geprüft werden kann, dass der Regierungsrat Stellung dazu nehmen kann und dann können wir weiterschauen. Aber diese Realität ist nicht wegzureden, es ist so, dass es diese Differenzen gibt, diese teilweise strukturellen Ungleichbehandlungen und ich denke, das wäre mal ein erster guter Schritt, um diese anzupacken. Daher bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.



*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Auch die Fraktion Mitte/EVP ist selbstverständlich für die Förderung der Chancengleichheit. Es soll nicht sein, dass aufgrund von Bildungsferne oder materiellen Gegebenheiten die Chancen der Bildung auf Erfolg geringer sind. Wie manche meiner Vorrednerinnen, möchte aber ich auch betonen, dass wir zwar für dieses Ziel sind, in der Motion aber nicht den richtigen Weg sehen, um dieses Ziel zu erreichen.

Ich werde nun nicht alles wiederholen, was viele schon dargelegt haben, ich möchte nur zwei, drei Dinge kurz noch unterstreichen. Zum einen die Vergleichbarkeit oder eben Nicht-Vergleichbarkeit von Basel und Zürich. Ein Detail, man kann sich ja streiten über die Gymnasialquote bei uns im Kanton Basel-Stadt, aber in Bezug auf das Gymnasium kann man sagen, schon durch dass viel mehr Schülerinnen und Schüler ans Gymnasium kommen, ist zum Beispiel die Situation nicht gleich zugespitzt wie im Kanton Zürich, was die Chancen betreffen, ans Gymnasium zu gelangen, wenn man zum Beispiel in Deutsch nicht die gleichen Voraussetzungen mitbringt.

Dann auf die Frage der Förderung und die Veränderungen. Ja, da kann ich jenen zustimmen, die sagen, dass hier noch manches nicht ideal ist, aber dass sich vieles entwickelt, das kann definitiv auch gesagt werden. Wenn zum Beispiel ein Bewusstsein vorhanden ist auf der Sekundarstufe, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler zu Hause die Möglichkeit haben, in Ruhe Hausaufgaben zu erledigen, und so an manchen Standorten diese Möglichkeit geschaffen wird, in einem Raum auch betreut, um dort in Ruhe Hausaufgaben zu erledigen. Oder auf Ebene der Gymnasien kann ich als Beispiel sagen, als ich begonnen habe zu unterrichten, gab es einen Stützkurs Deutsch für jene, die damals in der OS nicht das E-, sondern das G-Niveau in Deutsch besucht hatten, und das hat sich in den Jahren nun kontinuierlich entwickelt, dass es nun zu einem sehr individuellen Fördergefäss wird für Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft, manche mit Migrationshintergrund, manche mit anderen Sprachschwierigkeiten, dass auch das Angebot ausgeweitet worden ist. Also an den Schulen wird sehr viel dafür getan, um die Ungleichheiten, die bestehen, auszugleichen.

In diesem Sinne bitte ich Sie auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

*Béla Bartha (GAB):* Der Regierungsrat wird mit dieser Motion beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um Förderprogramme für begabte Jugendliche aus bildungssystemfernen Familien zu ermöglichen, damit diese den Schritt von der Sek 1 Stufe in weiterführende Schulen schaffen. Das Förderprogramm soll sich am Programm Chancengerechtigkeit durch Arbeit an der Lernlaufbahn ChagALL des Gymnasiums Unterstrass Zürich orientieren, das seit dem Schuljahr 2008 erfolgreich läuft.

Grundsätzlich ist jede Initiative begrüssenswert, die sich darum bemüht, die Chancengleichheit für alle zu verbessern. Obwohl in den einzelnen Schulen viel für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern getan wird, ist es offensichtlich, dass auf übergeordneter Ebene eine gezielte, koordinierte Förderung der genannten Zielgruppe in Basel fehlt. Auch die Forderung, dass man abklären sollte, ob die an den Schulen bereits existierenden individuellen Förderprogramme für das Anliegen der Motionär\*innen genügen, ist sicher legitim.

Ein weiterer interessanter Aspekt in der Motion, dass man die Schüler\*innen auch nach bestandener Prüfung und nach einem Übertritt an eine höhere Schule weiter coacht, das wäre sicher ebenso prüfenswert. Persönlich kann ich dem Anliegen viel abgewinnen, sehe aber, dass noch einiges abgeklärt und geprüft werden müsste und es daher, und so sieht es das GAB insgesamt auch, mehr Sinn machen würde, auf die Einreichung der obengenannten Anliegen in Form eines Anzuges zu setzen, denn auf eine Motion.

Weiter muss man auch kritisch bemerken, dass die Voraussetzungen, die in Zürich herrschen, insgesamt nicht mit der von Basel vergleichbar sind. Das haben wir ja schon von einigen Vorrednerinnen gehört. Die Gefahr besteht ja, dass man schliesslich eine regelrechte Nachhilfe-Industrie einführt, wenn man solche Nachhilfestunden geben will, und das kann ja nicht unbedingt das Ziel der Übung für Basel-Stadt sein.

Zusammengefasst kann man sagen, dass die kritischen Stimmen in der Fraktion GAB eindeutig überwogen haben und das Grundanliegen der Chancengleichheit aber viel Sympathie erfährt und wir daher Stimmfreigabe beschlossen haben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit sind wir bei der Motionärin Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Ich muss gestehen, dass ich überrascht, aber auch etwas enttäuscht war, als ich die Kreuztabelle sah. Eigentlich finden alle Chancengerechtigkeit eine gute Sache. Jetzt aber, wo sich die Gelegenheit bietet, Fördermassnahmen



einzuführen, wird eine Chance nicht genutzt. Gerne erinnere ich daran, dass in der Schweiz Chancengerechtigkeit in der Bundesverfassung verankert ist. Aber gerne möchte ich zunächst mit einem Bild anfangen.

Das Bild zeigt die Situation von Menschen, die unterschiedlich gross sind und ein Hindernis überwinden müssen. Links steht Equality, was mit Chancengleichheit übersetzt wird und bedeutet, dass alle Menschen die gleiche Leiter bekommen, um das Hindernis zu überwinden. Rechts steht Equity, was mit Chancengerechtigkeit übersetzt wird und bedeutet, dass jeder Mensch eine Leiter in der für ihn passenden Grösse bekommt, um das Hindernis zu überwinden. Im Vergleich zur Chancengleichheit, die die gleichmässige Verteilung von Ressourcen meint, beschreibt somit Chancengerechtigkeit die Verteilung bestimmter Ressourcen für die Personen, die diese brauchen, um an die gleichen Chancen zu gelangen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von links bis rechts, diese Motion steht für die Förderung von Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Es geht nicht darum, Jugendliche mit Migrationsgeschichte und Jugendliche Schweizer Herkunft, die beide aus bildungssystemfernen Familien kommen, gegeneinander auszuspielen. Oder um es mit einem Zitat von Tsvasman auszudrücken: «Gerechtigkeit lebt vom Differenzieren, nicht vom Vergleichen». Fakt ist, dass migrierte Jugendliche nach wie vor schlechtere Chancen als junge Schweizer Staatsangehörige ohne Migrationserfahrung haben.

Studien und Statistiken belegen dies ganz deutlich. Während zum Beispiel 52 Prozent der deutschsprachigen Jugendlichen den B-Zug in Basel besuchen, sind es bei fremdsprachigen nur 24 Prozent. Auch zum Beispiel besuchen 63 Prozent der Deutschsprachigen eine weiterführende Schule, bei den Fremdsprachigen sind es nur 37 Prozent. Auch an Gymnasien sind sie mit 23 Prozent untervertreten. Und wenn wir schon bei den Zahlen sind, Kinder von Eltern, die nur die obligatorische Schule abgeschlossen haben, machen lediglich 6 Prozent der Studierenden an der Universität einen Abschluss und nur circa 1 Prozent der Kinder von migrantischen Eltern aus der Arbeiter\*innenschicht schliessen ein Doktoratsstudium ab. Wo bitte schön ist hier Chancengerechtigkeit erkennbar.

Mit der Förderung von Chancengerechtigkeit in der Bildung sollen unfaire Ungleichheiten überwunden werden, wie etwa aufgrund von sprachlicher Benachteiligung oder wenn Eltern aufgrund von ökonomischen Problemen kein Nachhilfeunterricht bezahlen können, um ihr Kind zusätzlich zu fördern, wenn die Eltern nicht bei den Hausaufgaben helfen können. Ausserdem wissen wir alle, dass es einen grossen Fachkräftemangel gibt, die Förderung von vorhandenem Potenzial kann unbestritten einen Beitrag dazu leisten, dass gut ausgebildete Menschen offene Stellen antreten. Daher ist es wichtig, dass begabte und motivierte migrantische Jugendliche, die aus bescheidenen finanziellen Verhältnissen stammen, die nötige Förderung erhalten, um ihr Potenzial für eine höhere Schule ausschöpfen zu können. Und selbstverständlich, das duale Bildungssystem muss dabei hochgehalten werden.

Ja, Basel ist nicht mit Zürich vergleichbar, das ist absolut klar, aber auch in Basel gibt es eine freiwillige Aufnahmeprüfung auf der Sek 2-Stufe. Und bitte, es geht hier nicht darum, dass eine Nachhilfe-Industrie gegründet werden soll, es geht darum, zu überprüfen, dass eine Leistungsvereinbarung mit Dritten abgeschlossen werden kann, damit ein Aufnahmeverfahren durchgeführt werden kann. Ich wiederhole, es handelt sich um ein Aufnahmeverfahren. Die Überlegung dahinter ist, dass Lehrpersonen dadurch entlastet werden sollen, die häufig überbelastet sind.

Ich komme zum Schluss. Ich finde, es ist höchste Zeit, dass der Kanton Basel-Stadt in ein Förderprogramm für migrierten Jugendliche auf der Sekundarstufe 2 investiert. Davon würde letztlich auch Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft profitieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**28 Ja, 49 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003518, 16.05.24 18:04:08]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Motion nicht zu überweisen. Die Motion ist erledigt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung der Motion wurde abgelehnt mit 49 Nein-Stimmen gegen 28 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.



Ich bitte Sie ein letztes Mal um Ihre Aufmerksamkeit. Es geht um die Juni-Sitzungen. Im Kalender sind zwei Nachtsitzungen eingetragen, die zweite am Bündelitag, die streichen wir. Aber die erste Nachtsitzung am zweiten Sitzungstag am 12. Juni dürfen Sie sich gerne in den Kalender schreiben.

**Schluss der 15. Sitzung**

18:04 Uhr